

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeitzer Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einfindung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 8. Sonnabend, den 19. Februar 1910. 14. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — August Bebel. — Preußens Wahlrechtschmach. — Der Deutsche Bauarbeiterverband. II. — „Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip.“ — Hamburgs Straßensplaster. — Ein Kotschrei der Breslauer Bildhauer und Steinmetzen. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Neue Zahlstelle. — Adressen-Änderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Die staatlichen Bruchmeister. — Das badische Ministerium des Innern über die Arbeitslosenversicherung. II. — Zur Erwerbslosen-Unterstützung. — Korrespondenzen. — Literarisches. — Feuilleton: August Bebel: Aus meinem Leben.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Über alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Stiebig. Die Pflastersteinarbeiter haben am 8. Januar bei der Firma Bachmann wegen der vorgenommenen Lohnreduktion die Arbeit eingestellt. Nach dem Grünsteinbruch Stiebig bei Baugen ist Zugang zu vermeiden.

Wildemann. Die Pflasterstein- und Klarschlagschläger der Firma Sieghelm stehen im Streik. Zugang nach den Betrieben Adlersberg und Einersberg ist streng fernzuhalten. Sieghelm bietet alles auf, um Arbeitswillige anzuwerben. (Bericht erbeten. Red.)

Baldwinstein. Die Marmorarbeiter der Firma Krebs traten wegen der Maßregelung organisierter Kollegen am 1. Februar in den Streik. Krebs glaubt, mit seiner Taktik unseren Verband im Lahntale unmöglich machen zu können. (Bericht sofort einenden. Red.)

Alagen (Westfalen). Bei der Firma Dassel sind den Granithauern und Schleifern starke Lohnabzüge gemacht worden. Diejenigen Kollegen, die deswegen verweigerten, wurden entlassen; die anderen Verbandsmitglieder richteten die Kündigung ein. Zugang ist streng fernzuhalten.

Osterholz. Die Aktiengesellschaft hat eine gewaltige Tariffürung vorgenommen. Diese Maßnahme wird mit schlechtem Geschäftsgang begründet.

Eichershausen. Die Dolomit- und Kalksteinwerke Holzen sind wegen Lohnreduktion gesperrt. Die Firma versucht fremde Arbeiter anzuwerben.

Chendorf. Die Sperre über den Pflastersteinbetrieb des Herrn Pfuhl in Barleben ist aufgehoben. Der Bruchbesitzer hat den Tarif unterschrieben.

Braunschweig. Die Unternehmer versuchen gegenseitig alles, damit die Mitglieder der Ortsverwaltung bei keiner Firma eingestellt werden.

Kassel. Die Firma Holzmann sucht auswärtige Steinmetzen, hiesige dagegen werden nicht eingestellt.

Schlesischer Sandsteindistrikt. Die Steinmetzen und Brecher haben den Tarif gekündigt. Die Unternehmer sandten nun an die Bunzlauer Kollegen ein Schreiben, worin betont wird, daß die Steinarbeiter die Tariffündigung zurücknehmen sollen, weil die schlesische Sandsteinindustrie eine Lohnerhöhung nicht mehr vertragen könne. — Arbeiterentlassungen sind bereits vorgenommen worden. Zugang ist strengstens fernzuhalten.

Nürnberg. Die Marmorwarenfirma Freytag weigert sich hartnäckig, zwei gemäßigtere Kollegen wieder einzustellen. Der Steinmetz Heppner aus München übte „Solidarität“ in der Weise, daß er bei der Firma Arbeit nahm.

Netten. Der Steinmetzmeister Hofmarzrichter jun. hatte seinen Arbeitern gekündigt, weil sie verlangten, nach Tarif bezahlt zu werden. Als die Kündigungsfrist abgelaufen war, hat Hofmarzrichter die Kündigung wieder zurückgezogen.

August Bebel.

Kein Zug des Schicksals setzt mich matt,
Matt werden kann ja nur der König.
Freiligrath.

Am 22. Februar sind es 70 Jahre, daß der hervorragende Führer der sozialistischen Partei, August Bebel, das Licht der Welt erblickte. Das internationale Proletariat wird an diesem Tage diesem mächtigen Reden der Arbeiterbewegung die herzlichsten Glückwünsche darbringen. Der Politiker August Bebel wird selbst den schärfsten Gegnern Bewunderung abringen, denn sie wissen, wie ungemein befruchtend seine Arbeit im Deutschen Reichstage war.

Als einer, der den Klassenkampf mit voller Schärfe geführt hat, steht der Siebzigjährige mit seinem lauterem Charakter vor uns.

Wenn Karl Marx uns die wissenschaftliche Erkenntnis gab, F. Lassalle vor allem sie den Massen

überlieferte, so darf A. Bebel für sich in Anspruch nehmen, mehr als sonst jemand der proletarische Triebun gewesen zu sein, der, durchglüht vom Geist des deutschen Proletariats, die geistigen Waffen gebrauchte. Das ist das Geheimnis seines Wirkens, das wir entschleiern, da wir ihn doch nicht besser ehren können, als indem wir seinem Beispiel folgen. Seine Rede war stets ein Protest und eine Verkündigung — ein Protest gegen die Gewalt der Herrschenden und gegen die Nichtswürdigkeit der bestehenden Gesellschaftsordnung und eine Verheißung der Erlösung für die Enterbten und Entrechteten. Bebel hat es uns auch oft auf den Parteitagen eindringlich klargelegt, daß wir dem Zukunftsbild des Proletariats Rechnung tragen müssen. Er gab dem Proletariat die geschichtliche Erkenntnis seiner Zukunft, aus der es das Bewußtsein seiner Kraft schöpft. In Bebel einte sich die theoretische Erkenntnis des „Endziels“ mit dem inneren Empfinden des Arbeitertribuns — daher seine große Kraft des Angriffes. Er setzte der bürgerlichen Welt zwei Welten entgegen: die materielle Welt des kämpfenden Proletariats und die ideale Welt des Sozialismus. Darum war es ein Kampf nicht bloß um das tägliche Brot, sondern um die soziale Geltung des Proletariats. Darum war dieser Kampf des Proletariats ein Kampf um die Menschheit. Darum, endlich, legt uns Bebel in seinem Kampf um die Frauenemanzipation ein herrliches Zeugnis dafür ab, daß das Proletariat, indem es sein eigenes Klassenjoch abschüttelt, die Klassenherrschaft überhaupt aufhebt.

Wenn in der gesamten kulturellen Welt der Name August Bebel einen so vorzüglichen Klang hat, dann ist das insbesondere auch seinen unablässigen Friedensbestrebungen zuzuschreiben. Er hat, wie kein anderer vor ihm, den Gedanken des allgemeinen Völkerfriedens in die Volksmassen aller Länder geworfen. Und für die Schaffung des Völkerfriedens ist er sein Lebenlang eingetreten.

Um so stärker er die Friedensidee vertrat, um desto schärfer rückte er dem kulturwidrigen Militarismus zu Leibe. Im Deutschen Reichstage war es immer ein Ereignis, wenn der achtundzwanzigjährige Bebel zum Miktartrat, der dem Volke am teuersten zu stehen kommt, seine bedeutungsvollen Ausführungen machte. Wenn die Soldatenmishandlungen, wir wollen bloß eine besondere Spezialität des Militarismus herausgreifen, gegen früher bedeutend nachgelassen haben, so ist das der Sozialdemokratie, und nicht am wenigsten Bebel zu verdanken.

Was an dem Jubilar besonders wohlthuend in die Erscheinung tritt, ist seine große Wahrheitsliebe, sein makelloser lauterer Charakter. Und die Gegner müssen sich gerade vor diesem hervorragenden Charakteristikum unwillkürlich beugen. Stets der Erkenntnis, der Wahrheit zu dienen war Bebels Parole. — Wenn sich innerhalb der sozialdemokratischen Partei dann und wann lokale Eiterbeulen bildeten, dann konnte man sicher darauf gefaßt sein, daß Bebel schonungslos eingriff und gründlich Ordnung schaffte. Der Vertuschungspositiv war er von jeher abhold. Wer auf die Freundschaft Bebels rechnen will, mußte in moralischer Beziehung ohne Makel sein. Wenn heute Millionen und abermals Millionen leuchtenden Auges zu diesem unermüdbaren, stets arbeitsreudigen Manne, der aus dem einfachen Proletenstand hervorging, mit großer Verehrung aufblicken, so wissen alle diese Bewunderer, daß er trotz so vieler Fährnisse in seinem bewegten Leben, ein Ehrenmann von der Sohle bis zum Scheitel geblieben ist. Die Gegner haben unerbittlich den Sozialistenhäuptling Bebel bekämpft, ob mit Erfolg oder Mißerfolg, wollen wir hier nicht untersuchen; an seiner Ehre hat aber keiner zu tippen vermocht. Das mußte Kardorff bis herab zu Raumann zugestehen. Die Makellosigkeit in Bebels Lebenswandel möchte besonders uns Jüngeren in der Zukunft als Kompaß dienen.

Die Gewerkschafter schätzen Bebel ganz besonders hoch. Unzähligmal trat er in seinen Schriften, in Versammlungen und Parlamentsreden für die Sache der Arbeiter ein. Als Sozialpolitiker war er schon tätig, als vor 43 Jahren sein Eintritt in den Norddeutschen Reichstag erfolgte. Und wenn den Epigonen der verstorbenen Zentrumsführer Windthorst, Mallinckrodt und Reichensperger heute das sozialpolitische Gewissen stark geschärft wurde, so ist das der vorrückenden Sozialdemokratie unter der geschickten Führung Bebels in erster Linie zu danken. Der greise Jubilar hat die Gewerkschaftsbewegung gefördert, wo er nur konnte. Wenn er auch nicht direkt im täglichen Gewerkschaftskampf stand, seine Stellung als Schriftsteller, als Agitator, als Parlamentarier erlaubte ihm das nicht, so hat er bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf den hohen sozialen, sittlichen und kulturfördernden Wert der Gewerkschaften verwiesen. Tausende und abermals Tausende von Mitgliedern sind dadurch den Gewerkschaften zugeführt worden. Bebels sozialpolitische Parlamentsreden sind für die Gewerkschaftsagitatoren immer eine wahre Fundgrube und Anregung gewesen.

Gedenken wollen wir auch der Unbilden, die der Jubilar durch die herrschenden Klassen erlitten hat. Der Mann, dessen Gesundheitszustand niemals recht gefestigt war, hat, weil er in selbstloser Weise die Interessen des Proletariats unermüdblich vertreten hat, etwa

sieben Jahre hinter deutschen Gefängnis- und Festungsmauern verbringen müssen. Der Parteidienst ging ihm über alles, das eigene „Ich“ stellte er jederzeit in den Hintergrund. Die Behörden, die Regierungen wollten ihn mit Aufbietung aller juristischen Raffinität geistig und moralisch tot machen. Er, der Sohn eines preussischen Soldaten, blieb seiner sozialwissenschaftlichen Erkenntnis treu, er blieb ein tapferer Soldat und Führer der deutschen Arbeiterbewegung.

Die glänzende Beredsamkeit Bebels, wir schreiben es ohne nur um ein Jota zu übertreiben, ist weltbekannt. Erst kürzlich lasen wir in einem vornehmen bürgerlichen Blatte, daß Bebels Reden (der Jubilar muß sich seit etwa 2 1/2 Jahren aus Gesundheitsrücksichten in parlamentarischer Beziehung etwas Reserve auferlegen) im Parlament sehr vermißt werden. Als er vor etwa sechs Jahren die Kaiserreden, dann die Auslassungen des deutschen Kronprinzen so meisterhaft im Reichstage behandelte, wie beschämend mußte da die Zentrums- und liberale Presse zugestehen, daß hier Bebel zum Wortführer des ganzen deutschen Volkes wurde. Und mit eisigem Schweigen umstand der nationale Ordnungsbreier die Rednertribüne des Reichstags; der Mut zur Entgegnung war ihnen vergangen.

Bebel hat soeben den ersten Teil seiner Lebenserinnerungen herausgegeben (siehe Näheres an anderer Stelle des Blattes). Er hat das Buch seiner lieben Frau gewidmet, die ihm seit mehr als vierzig Jahren eine treue Lebensgefährtin ist. Wer sich über den Menschen Bebel ein näheres Urteil bilden will, muß besonders das letzte Kapitel einem eingehenden Studium unterziehen, wo er so einfach und schlicht die Pflichttreue seiner Gattin schildert. Wenn uns die Gegner die angebliche Unsitlichkeit der Sozialdemokratie vorwerfen, wir können sie mit der neuen Schrift Bebels geradezu glänzend widerlegen. Jeder Federstrich zeigt, daß er ein inniglich familiäres Leben führt.

Wenn wir nun mit dem Siebzigjährigen einen Blick werfen auf den geistigen Unterschied zwischen dem Ausgangspunkt und dem erreichten Moment — denn daß dort, wo damals lose Scharen oft vereingelter Kämpfer waren, heute in vollendeter Waffe und Behr die Weltarmee des klassenbewußten Proletariats steht, das liegt ja offen zutage —, wenn wir die geistige Spannung messen zwischen damals und jetzt, so finden wir nicht nur, daß der Sozialismus zur Weltanschauung der proletarischen Massen geworden ist, sondern daß er die gesamte geistige Entwicklung unserer Zeit in seinem Einfluß unterworfen hat. Vor allem die Gesellschaftswissenschaft, die politische Ökonomie und alle anderen Formen der sozialen Forschung haben die materialistische Methode, diese wissenschaftliche Grundlage des Sozialismus, übernehmen müssen; wo man sie nicht kannte, wurde sie neu entdeckt; wo man sich ihrer verschloß, verkümmerte jedes Wissen und wurde zum Formelkram. Auch in der Kunst und Literatur wächst die Erkenntnis einerseits ihres Zusammenhangs mit der Klassenherrschaft in der Vergangenheit, andererseits ihres Einklangs mit dem kulturellen Vordringen der Massen in der Zukunft. Überall tritt die Arbeit und treten mit ihr die arbeitenden Massen ideell in den Vordergrund. Das letzte geistige Gebiet, das sie erobern, ist das der Naturwissenschaften. Hier stand um die Mitte des vorigen Jahrhunderts die Entwicklungslehre und mit ihr der Kampf ums Dasein im Mittelpunkt des Interesses. Der Kampf ums Dasein war die Uebertragung der Konkurrenz aus dem sozialen Gebiet in das der Natur. Heutzutage beherrscht ein andres Prinzip die Naturwissenschaften: die Energie. Der „Kampf ums Dasein“ sah nur das Schlussergebnis der Entwicklung — den Ueberlebenden, folglich Ueberlegenen, weshalb er noch keineswegs der Tüchtigste zu sein brauchte. Die Energetik sieht das Kräfteverhältnis, den Energieverlust, sie sucht nach dem besten Umwandlungskoeffizienten der Energie. Statt des wilden Kampfes aller gegen alle, bringt sie die zusammenfassende Idee und entdeckt, neben der freien Energie der Natur, die soziale Energie der Massen. Die Wissenschaft hat ihre eigene Geschichte. Sie war unterjocht, gleich den Volksmassen. Sie sollte den Herrschenden dienen, und sie diente auch ihnen. Aber ihre innere Logik trieb sie zur Rebellion. Die rebellierende Wissenschaft entdeckte dann immer von neuem die sozialen Gegensätze ihrer Zeit, bis schließlich im wissenschaftlichen Sozialismus die revolutionäre Wissenschaft mit den revolutionären Massen sich einte.

Für die Ausbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus war der Autodidakt Bebel ein Menschenleben lang tätig. Fragen wir nicht mehr nach dem Erfolge. Wir brauchen bloß hinzuzufügen, daß der Sozialismus einen Teil der Menschen in den fünf Erdteilen umfaßt. Und zusehends wächst diese sozialistische Woge.

Unserm August Bebel war es vergönnt, diesen eminenten Aufschwung der unterdrückten Arbeiterfrage mitzukämpfen; er hat die Sache der Unterdrückten und Entrechteten zur seinigen gemacht. Möge dem Proletariat dieser edle Führer noch lange erhalten bleiben.

Preußens Wahlrechtsschmach.

Der Wahlrechtskampf hat in Preußen begonnen. Die vorläufige Vorlage, welche die Regierung anfangs voriger Woche vorlegte, kam am 8. und 9. Februar im Abgeordnetenhaus zur Erörterung. Den sozialdemokratischen Standpunkt vertrat in einer sehr geschickten Rede der Abg. Ströbel-Berlin. Der Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg wurde von der sozialdemokratischen Fraktion mit einem Plai, Volksverräter! empfangen, als er sich anschickte, das neue Wahlrecht zu verteidigen.

Zur Vorlage selbst und im historischen Sinne möchten wir folgende Darlegungen machen:

Nachdem es der preussischen Arbeiterschaft endlich gelungen war, durch eine energische Wahlbeteiligung den Nachweis zu führen, daß das preussische Dreiklassenwahlrecht vom Jahre 1849 allen Grundzügen von Gerechtigkeit und Staatsklugheit hohn spricht, nachdem die Sozialdemokratie durch ihre öffentliche Propaganda die Reform dieses Wahlrechts zur brennendsten Aufgabe der Gegenwart gemacht, sah sich der preussische König genötigt, am 20. Oktober 1908 die Notwendigkeit einer organischen Fortentwicklung des Wahlrechts anzuerkennen und eine solche Reform zu versprechen. Es hat lange gewährt, ehe sich die preussische Regierung dazu bequeme, dieses königliche Versprechen zu erfüllen. Festig wogte der Widerstreit der Interessen der bürgerlichen Parteien, die mehr oder weniger mit dem Dreiklassenwahlrecht verknüpft sind. Das Versprechen des Königs wurde gegeben zur Zeit des konservativ-liberalen Blocks, der in Preußen indes allezeit auf schwachen Füßen gestanden hat. Die große Steuerkampagne, die dieser Paarung ein Ende machte, führte eine gewisse Annäherung des Zentrums an die Konservativen auch in Preußen herbei. Die Sehnsucht, das Uebergewicht dieser rückständigen Gruppen im Landtage möglichst dauernd zu beseitigen, wurde zum Leitmotiv der neuen Wahlrechtsvorlage der preussischen Regierung, deren Ministerpräsident sich lediglich als ausführendes Organ dieser starken Mächte der Reaktion betrachtete. Der neue Wahlrechtsentwurf ist ein Hohn selbst auf die bescheidensten Erwartungen des preussischen Volkes geworden. Er hat einen wahren Sturm der Entrüstung nicht nur bei der Arbeiterklasse, sondern bis weit in die Reihen der bürgerlichen Kreise hervorgerufen. Niemand ist davon befriedigt, — allenthalben regt sich dort der Unwille ob dieses frivolsten Spiels mit der öffentlichen Meinung, das um so gefährlicher wirkt, als dadurch die Zuverlässigkeit königlicher Verheißungen in die denkbar übelste Beleuchtung gestellt, — Tren und Glauben zur Monarchie geradezu untergraben werden.

Der Arbeiterklasse hat dieser Entwurf keine schwere Enttäuschung bereitet. Sie mußte angesichts der Haltung ihrer Gegner seit langem mit deren Mangel an gutem Willen zu einer wirklichen Reform rechnen. Die Arbeiter Preußens haben sich auch keineswegs auf die Verheißung der Thronrede von 1908 verlassen, sondern unermüdet ihre Agitation fortgesetzt. Ihr Vertrauen zur Regierung war keiner Erschütterung fähig. Wohl aber darf die Regierung dankbar sein für eine Vorlage, die besser als alles Bisherige die Unstimmigkeit des Dreiklassenwahlrechts und die Gemeingefährlichkeit des Junkerregiments in Preußen zum Bewußtsein weiterer Volkskreise bringt. Sie hat der Wahlrechtsbewegung neue Impulse gegeben, sie treibt die rückständigen Wählermassen und die noch größeren Massen der Nichtwähler in unsere Wahlrechtsversammlungen, — sie schafft den Boden für einen großen, das preussische Volk in seinen Tiefen erfassenden Wahlrechtskampf.

Mit Bewunderung gewahrt der Leser der bürgerlichen Presse, daß die Regierung an dem Dreiklassensystem festhalten will, das den politischen Einfluß nach dem Geldsack bemisst und den Minderbemittelten, den Beschäftigten, den von seiner Hände Arbeit lebenden Staatsbürger in die Klasse des überflüssigen Übels verweist. Er liest, daß auch die öffentliche Stimmgabestelle bestehen bleiben soll, die den wirtschaftlich abhängigen Arbeiter, Kleinrentner, Kleinrentner und Beamten hindert, seiner wahren Meinung Ausdruck zu geben. Und selbst die ungesegnete Wahlkreiseinteilung soll unverändert bleiben, die die Wählermassen der großen Städte und Industriegebiete den Junkerwahlkreisen des flachen Landes entzieht, indem sie letzteren ein drei- bis zehnmal größeres Wahlrecht gibt. Das nennt sich Wahlrechtsreform, — das soll die „organische Fortentwicklung“ des Wahlrechts sein! Das ist ja eine Verhöhnung des Volkes, wie sie dreister kaum gedacht werden kann!

Ja, was wird denn eigentlich an diesem Wahlrecht „reformiert“? Und nun findet der Leser, daß ihm der neue Entwurf gehalten will, künftig dem Abgeordneten selbst, anstatt erst einem Wahlmann seine Stimme zu geben (direkte Wahl); daß von den Allerreichsten nicht mehr die volle Steuerleistung, sondern letztere nur bis zu 5000 Mk. angerechnet werden soll, wodurch einige Wohlhabende zu „ersterklassigen“ Staatsbürgern werden, und daß, um das hierdurch entstandene Rantlo der zweiten Wählerklasse auszugleichen, ein System „gehobener Wähler“ erfunden wird, — Wähler, die würdig sind, der untersten Klasse entrückt und in die herrschenden Klassen eingereiht zu werden.

Es ist von Interesse, sich dieses System der „gehobenen Wähler“ näher anzusehen. Nach dem Entwurf sollen Akademiker, jetzige oder frühere Abgeordnete des Reichs- oder Landtags, Ehrenbeamte von staatlichen, provinziellen oder kommunalen Verwaltungen und Reserveoffiziere in die nach ihrem Einkommen nächsthöhere Wählerklasse und Gemeinde- oder Magistratsratsvorsitzer, Einjährig-Freiwilligenberechtigte und Militäranwärter der dritten in die zweite Wählerklasse eingereiht werden. Das sind die besten Stützen des Staates, denen die Regierung das Vertrauen schenkt, daß sie in öffentlicher Abstimmung nur für Ordnungskandidaten stimmen werden. Sie dürfen gemeinsam mit den Erstklassigen der preussischen Nation die dritte Wählerklasse niederstimmen.

Aber nicht unterschleisslos bringt die Regierung ihnen dies Vertrauen entgegen, und diese Unterschiede zeigen den Grad der Verschätzung für das gehobene Stimmmaterial. Der Reserveleutnant ist die feste Säule der Ordnung; er wird schon nach zehnjähriger Seeres- oder Marinezugehörigkeit, also schon im Alter von 28 Jahren, der höheren Wählerklasse zugeteilt. Der Militäranwärter braucht nach seiner Militärdienstzeit nur noch eine fünfjährige Frist des Wohlverhaltens zurückzulegen, dann hat auch er, etwa im 34. bis 35. Jahre, das Ziel erreicht. Der Herr Einjährigfreiwillige schafft nach 15-jährigem Besitz des Einjährigfreiwilligenzeugnisses, also etwa im 30. Jahre. Der Mann mit der abgeschlossenen wissenschaftlichen Bildung muß zehn Jahre im Besitz seines Prüfungszeugnisses sein, ehe er in die Gemeinschaft der „Gehobenen“ aufrückt; mit 35 Jahren kann er es geschafft haben, wenn er nicht unglücklicherweise Medizin studierte, die eine längere Hochschulbildung erheischt. Der Reserveoffizier, der ehemalige Unteroffizier oder Feldwebel, diese edelsten Früchte des heutigen Militärsystems, sie sind ihm vorausgegangen. Aber er darf froh sein, sich im Glanze solcher neuen „Klassen-genossen“ zu sonnen. Welches Anrecht hätte die Wissenschaft auch sonst, sich neben den Militärbürokraten zu stellen. Der Zivilverforgungsbefugte ist berechtigt zur halben Parteifreiheit gegenüber dem akademischen Doktorgrad. Damit ist der richtige Abstand festgelegt. Die politische Intelligenz im Kaiserstaate Preußen reist ungleich rascher auf den Exzerziplänen und Kasernenhöfen als auf den Hochschulen einer staatlich abgeschlossenen Bildung. Man nimmt indes die Wissenschaft mit in den Kreis der „Gehobenen“, damit sie nicht gänzlich die Fühlung mit den staatsbehaltenden Mächten verliert. Die Aermsten! Sie ist ja ohnehin genau so abhängig wie das große

Heer der „Zivilverforgten“, die öffentlich keinen andern als einen Regierungskandidaten wählen dürfen.

Aber wo bleibt denn der „Mittelstand“, wo bleiben die großen Massen der Handwerker, der Klein- und Hausgewerbetreibenden, der Kleinrentner und Privatbeamten, wo bleiben die Lehrer, die Angestellten von Reich, Staat und Gemeinden, die Angestellten im Handel, alle die, die der Sozialdemokratie gegenüber als das beste Fundament des Gegenwartsstaats gerühmt werden? Sie sollen auch ferner zur dritten Wählerklasse, zur Klasse des misera plebs gehören, die von den Erstklassigen noch stets überstimmt worden ist. Sie haben nichts und sind nichts. Die militärische oder akademische Karriere blieb ihnen verschlossen, weil es nicht langte — sie leben nur von ihrer Hände Arbeit, — das ist die schlechteste Empfehlung für einen preussischen Staatsbürger. Sie mögen ein Leben voll harter Arbeit hinter sich haben, mögen auch sonst in ihrem bürgerlichen Beruf ganz tüchtige Männer, sogar nützliche und notwendige Glieder der Gesellschaft sein, — das alles wiegt die politische Intelligenz eines preussischen Leutnants oder Unteroffiziers nicht auf.

Nach dem bürgerlichen Wählermassen nicht die brennende Schamröte ins Gesicht steigen, wenn wir ihnen diese Verschätzung seitens einer wohlwollenden Regierung vor Augen führen? Wer könnte noch zweifeln an der agitatorischen Kraft eines Wahlrechtsentwurfs, der die Entrüstung über den frivolsten Steuerfeldzug, wenn sie ja schon in Vergessenheit geraten könnte, aufrichtet und sogar überbietet durch die dreifache Verhöhnung aller Minderbemittelten? Aus jedem Paragraphen dieses Machwerks schaut die Verachtung des Junkertums für alles, was aufwärts strebt, heraus, — und wir sollten angelächelt dieses Regierungsentwurfs um wirksame Aktionswaffen verlegen sein?

Die Arbeiterbewegung begrüßt diesen Entwurf, der das wahre Gesicht der preussischen Regierung kündigt. Sie wird ihn auf das sorgfältigste studieren, wird ihn sich in ihre Agitationsmappen heften und damit hinausziehen in Stadt und Land! Was könnte sie auch anderes tun? Ihr Einfluß im Abgeordnetenhaus ist dank diesem Klassenwahlrecht ein so schwacher, daß der parlamentarische Kampf auch bei größter Anstrengung und geschicktester Strategie keinen Erfolg verspricht. So bleibt ihr nur der Kampf von unten heraus, der Appell an die Millionen von Wählern, die dieses Wahlrecht seither jedes wirksamen Einflusses auf die Landesgesetzgebung beraubte. Aber dieser Appell an die Millionen wird nicht ungehört verhallen, dafür bürgt uns die Wahlrechtsvorlage selbst, wie auch der rühmlichst bekannte Eifer unserer Genossen. Was wäre seither in der preussischen Wahlrechtsbewegung erreicht, wo wäre das Eintreten des Bürgerrechts, wo die Fugade der Thronrede geblieben — ohne diese zähe, unaufhaltbare Agitation der Arbeiterklasse! Auch diesmal werden die Arbeiter die Führer des Wahlrechtskampfes sein, — sie werden das Volk selbst aufrufen und dafür sorgen, daß die Antwort des Volkes auch gehört und richtig verstanden wird!

So ergeht denn an jeden, der in den Reihen der Arbeiterbewegung steht, der Ruf, seine volle Kraft für die nächste Zeit in den Dienst des großen Wahlrechtskampfes zu stellen. In diesen Tagen, wo auf Jahrzehnte die großen Lebensfragen der Nation entschieden werden, darf keiner zurückbleiben — von jedem wird erwartet, daß er an seinem Plage seine volle Schuldigkeit tue. Im Werkstat und auf dem Werkplatz, im Geschäft und in den Kontoren muß das aufklärende Wort gesprochen, durch Verammlung, durch Flugblatt und Presse müssen die Wählermillionen von den schmachvollen Tendenzen des Wahlrechtsentwurfs unterrichtet, muß die Forderung des Reichstagswahlrechts für Preußen zur Parole des Wahlrechtskampfes erhoben werden. Die Regierung selbst fordert das Volk heraus, — sie will die Klassen-scheidung, den Klassenkampf! Die Klasse der Entrechteten, der Unterdrückten wird ihr das Werk ihrer Klassenpolitik vor die Füße werfen!

Der Deutsche Bauarbeiterverband.

II.

Ueber die Verschmelzungsfrage war auf den einzelnen Verbandstagen wirklich nicht mehr viel zu reden. Die Bauhilfsarbeiter erachteten es nicht einmal für notwendig, nach dem gründlichen Referat des Zentralvorstehenden Bebrandt, in eine Diskussion einzutreten. Bei den Maurern referierte an Stelle des verhinderten Genossen Pöplow der Zentralvorstehende Bömelburg. Ein Breslauer Redner, der noch auf den „Gefellenbrief“ pochte und deshalb gegen eine Fusion mit den Bauhilfsarbeitern war, konnte sich natürlich anständigerweise Gehör verschaffen, aber seine Darlegungen erweckten auch keinen Eindruck mehr. Das Abstimmungsresultat stellte sich folgendermaßen: Für die Verschmelzung votierten 242 Maurer und 95 Bauhilfsarbeiter, dagegen 23 Maurer und 11 Bauhilfsarbeiter. Damit ist die Gründung des „Deutschen Bauarbeiterverbandes“ perfekt geworden.

Sehr gründlich wurde über das neue Verbandsstatut debattiert. Gauleiter Merkel-Nürnberg hielt dazu ein temperamentsvolles Referat. Die Statutenberatungskommission hat schwere Arbeit geleistet, sie war dadurch drei Tage lang von den Verhandlungen des Plenums ferngehalten.

Zu spannenden Auseinandersetzungen kam es über die Krankenunterstützungsfrage. Die Maurer zahlten bis dato in den Wintermonaten keinen Krankenzuschuß aus, die Bauhilfsarbeiter kannten in der Gewährung desselben eine solche Unterbrechung nicht. Auf dem vereinigten Verbandstage zeigte es sich nun, daß die Mehrheit der Maurer Delegierten zu solchen Konzessionen nicht bereit war. Die Bauhilfsarbeiter versuchten mit großem Geschick die Meinung, daß ihre Einrichtung im beschlossenen „Bauarbeiterverband“ unter allen Umständen beizubehalten sei. Auch die Genossen Behrendt und Bömelburg legten sich mächtig ins Zug, um die Winterunterstützung durchzudrücken, aber es fand sich für diese Anschauung immer noch keine Mehrheit. Der Weisheit letzter Schluss war, daß ein jeder Verband für sich zusammentrat, um diesen Punkt nochmals beraten zu können. Die Spannung war auf das höchste gestiegen und mancher Delegierte legte sich wohl die Frage vor, ob die beschlossene Verschmelzung nicht wieder illusorisch gemacht werden würde. Die Bauhilfsarbeiter zogen sich in den kleineren Saal zurück und Bömelburg machte den Vorschlag, daß die Maurer nunmehr in eine „geheime“ Sitzung eintreten würden. Das war ja wieder eine neue Ueber-raschung und so mußten sich denn die Zuhörer ungeduldig von dannen irrollen.

Die getrennten Parlamente tagten dann am Freitag, den 11. Februar, separat bis 10 Uhr abends, dann begannen nochmals die gemeinschaftlichen Verhandlungen. Die Stimmung war zwar keine gebrückte zu nennen, aber sicherlich hatte bei der Mehrzahl der Delegierten eine innere Erregung Platz gegriffen.

Unter lautloser Stille nimmt nun Bömelburg das Wort: Die strittige Frage ist wohl jetzt gelöst. Wir haben in unserer Sondertagung (des Maurerverbandes) eine Abstimmung vorgenommen, und da stimmten 188 für und 75 Delegierte gegen die Einführung der Winterkrankenunterstützung. (Lebhafte Bravo!)

Behrendt von den Bauhilfsarbeitern erklärt dann: Wir haben uns ebenfalls eingehend mit der Unterstützungsfrage beschäftigt. Wir waren einstimmig der Ansicht, daß die Winterunterstützung eingeführt werden muß. Wäre aber die Unterstützung nicht beschlossen worden, so hätte deswegen die Verschmelzung nicht in die Brüche gehen dürfen.

Es wird nun in der vereinten Tagung nochmals über die

Einführung abgestimmt, und dabei ergibt sich eine übergroße Mehrheit für die Einführung der Winterunterstützung, die somit beschlossen ist.

Die Differenzen waren somit aus dem Wege geräumt, und die Abendtagung am 11. Februar 1910 wird im Bauarbeiterverband als eine äußerst denkwürdige bezeichnet werden können. Die Delegierten waren über diesen Beschluß sicherlich herzlich erfreut.

Bezüglich der Verbandsbeiträge wurde folgendes festgesetzt: § 23 des Statuts soll lauten: Die regelmäßigen Verbandsbeiträge werden in jedem Jahre für 40 Wochen in der Zeit vom 1. März bis Ende November erhoben. Die Beiträge werden nach der Lohnhöhe klassifiziert. Als Grundlage für die Beitragsbemessung innerhalb der einzelnen Lohngebiete gilt der durch Tarif festgesetzte Stundenlohn; besteht ein Tarif nicht, dann wird der allgemein übliche oder der durchschnittliche Stundenlohn angenommen. Innerhalb eines Lohngebietes darf für gelehrte Arbeiter nur ein einheitlicher Beitrag bestehen; für nicht gelehrte Arbeiter ist eine Differenzierung im Beitrag nur dann zulässig, wenn für verschiedene Kategorien wesentliche Unterschiede im Lohn vorhanden sind. Für die Mindestleistung gilt folgende Skala:

Bei einem Stundenlohn	Beitrag pro Woche
bis 27 Pfg.	35 Pfg.
über 27 " 32 "	40 "
" 32 " 37 "	45 "
" 37 " 42 "	50 "
" 42 " 47 "	55 "
" 47 " 52 "	60 "
" 52 " 57 "	65 "
" 57 " 62 "	70 "
" 62 " 67 "	75 "
" 67 " 72 "	80 "
" 72 " 77 "	85 "
" 77 Pfg.	90 "

Diese Sätze entsprechen den bisherigen Beiträgen bei den Bauhilfsarbeitern — nur haben sie die höheren Klassen nicht — und da die Maurer ihre Beiträge um 10 Pfg. erhöht haben, gleichen sie den nun vorgeschlagenen Sätzen. Ferner soll der Verbandsvorstand in Verbindung mit dem Verbandsausschuß und den Gauvorsitzenden berechtigt sein, unter außergewöhnlichen Verhältnissen Extrabeiträge auszusprechen, zu deren Zahlung alle Mitglieder verpflichtet sind.

Einen guten Eindruck machte die Behandlung der Frage: Wie sind die gewerkschaftlichen Unterichtsursen zu beschneiden? Bömelburg lobte die Kurse; es ist beabsichtigt, daß der Bauarbeiterverband in Zukunft alljährlich 50 Schüler entsendet. Wer gegen die Beschneidung der Unterrichtsursen sei, müsse als rückständig bezeichnet werden. (Lebhafte Zustimmung.) Allerdings müsse verlangt werden, daß die Schüler ihren Studien gewissenhaft obliegen, wer dem nicht entspräche, müsse unverzüglich von der Schule entfernt werden.

Ueber die Diäten für die Angestellten entspann sich am Sonnabend eine umfangreiche, aber doch recht ruhige Debatte. Die Anträge auf Herabsetzung der Diäten fanden nicht die genügende Unterstützung. Allgemein wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die Gehaltsätze der Lokalangestellten denen der Gauleiter gleichgestellt werden sollen. Die Qualifikation des Zweigvereinsange-stellten müsse genau dieselbe sein, wie die der Gauleiter. Die Zweigvereinsangestellten schickten selbst einen Redner vor, der erklärte, es sei eine Ungerechtigkeit, wenn sich ihnen gegenüber die Gauleiter um etliche hundert Mark im Jahre besser ständen.

Die Kommission machte nun folgende Vorschläge: Die Gehälter der Zweigvereinsbeamten sollen in Berücksichtigung der einzelnen Orte 1800 bis 2600 Mark betragen, entsprechend den Beschlüssen des Verbandstages der Maurer in Köln im Jahre 1907.

Der Verbandstag stimmt den Vorschlägen der Kommission zu.

Dann wurden die Wahlen für die Verbandsleitung des Bauarbeiterverbandes vorgenommen: 1. Vorsitzender: Theodor Bömelburg, 2. Gustav Behrendt, als 1. Sekretär fungiert Fritz Pöplow.

Die Genossen Winnig, Ellinger und Köstke bilden den Redaktionsstab des „Grundsteins“.

Die Vertreter der ausländischen Bauarbeiterorganisationen folgten den Diskussionen mit großer Aufmerksamkeit. Dem Franzosen wird sicherlich imponiert haben, daß, ohne großes Federlesen zu machen, eine Beitragserhöhung vorgenommen wurde. Hoffentlich bearbeitet er auch seine Bundesleitung in dementsprechender Richtung. Die österreichische Delegation versicherte uns wiederholt, daß im deutschen Gewerkschaftswesen Grundlichkeit liege.

Die Verschmelzung wird den Bauarbeitern die Führung der zukünftigen Kämpfe wesentlich erleichtern.

Wir haben nun auch im Baugewerbe einen Industrieverband von größter Schlagfähigkeit, dessen Mitglieder zu den Kampfeslustigsten gezählt werden können.

Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip.

Der verstorbene Abgeordnete Dr. Sigel-München über die Zentrumsoorgane.

An diesen Ausspruch wird man unwillkürlich erinnert, wenn man den Artikel über eine Steinarbeiterversammlung, die am 3. Februar in Desinghausen (Rheinland) stattgefunden hat, in der Nr. 6 der christlichen „Keram- und Steinarbeiterzeitung“ liest. Die Versammlung war von unserm Verbandsleiter an die Leitung des Christenverbandes war mittels Einschreibebrief eine Einladung ergangen. Pünktlich und zahlreich waren unsere organisierten Kollegen erschienen, während die Christen erst erschienen, als ihr Generalstab angekommen war. In den Steinbrüchen teilten die christlichen Agitatoren unsern Verbandsmitgliedern mit, von der Leitung des Christenverbandes erscheine niemand. Ob das den Zweck haben sollte, daß auch unsere Mitglieder der Versammlung fernbleiben sollten, entzieht sich unserer Kenntnis. Die Leitung des christlichen Keramarbeiterverbandes war durch den Zentralvorstehenden Ledner und den Redakteur Fromm vertreten; außerdem waren noch einige andere christliche Agitatoren zweiten Grades anwesend.

In dem Artikel der „Keram- und Steinarbeiterzeitung“ wird nun über das Referat des Gauleiters Hermann mitgeteilt, daß eine mächtige Schimpfpanonade eingelegt gegen den Christenverband samt seinem Hauptblättern. Demgegenüber sei festgestellt, daß die Ausdrücke Schmierfink, Subelstriebe und Verleumdung nur dem „Artikelreiber“ eines Berichtes über eine frühere Versammlung in Desinghausen galten. Wir können nicht annehmen, daß ein so wahrheitsliebender und frommer Mann wie der Redakteur des christlichen Blättchens etwa selbst den Artikel verfaßt hat. Des weiteren sei bemerkt, daß das Referat des Gauleiters Hermann großen Beifall fand; das Zischen der Gegner blieb ohne Wirkung.

Als erster Diskussionsredner arbeitete Herr Fromm nach der bekannten München-Glabacher Methode. Man hatte den Eindruck, als wenn er nach dem Rezept arbeitete: „Schimpfe nur tüchtig darauf los und werfe mit Dred, etwas bleibt vielleicht doch an dem Gegner hängen.“ Auch vor persönlichen Verdächtigungen schreckte Herr Fromm nicht zurück; erst nachdem er vom Vorsitzenden zur Ordnung gerufen worden war, nahm er die Verteidigungen zur Hand. Gauleiter Hermann blieb ihm selbstverständlich die Antwort nicht schuldig. An der Hand reichlichen Materials zeigte er den wahren Charakter der sogenannten Christlichen, oder besser noch Zentrumsgewerkschaften. Der freie Metallarbeiterverband habe allein mehr Mitglieder als wie die ganzen christlichen Gewerkschaften. Wenn Herr

Fromm in einer Anzahl christlicher Versammlungen den Tarifentwurf für das Marmorgerbe erwähnt habe, um damit Reflexe zu machen, dann wolle er ihm mitteilen, daß der Christenverband daran unschuldig sei.

Für die Förderung dieser Angelegenheit hat der christliche Keram- und Steinarbeiterverband somit keinen Finger gerührt.

In dem Artikel der Keramarbeiterzeitung wird weiter der Anspruch des Kollegen Biewig in seinem Referat über Agitation auf dem Kasseler Verbandstage verdreht wiedergegeben. Es heißt da, daß im roten Verbands viele Agitatoren wären, die selbst nicht glauben, was sie sagen. Dieser Satz stimmt nicht mit dem Wortlaut des Protokolls Seite 119 überein. Nach München-Glabbacher Manier wird auch sein lächerlich verflüchtigt, daß Kollege Biewig in seinem Schlußwort erklärte: „Ich habe mich bei der betreffenden Äußerung versprochen. (S. 132 des Protokolls.) Der Vorwurf der „fremden Süge“ fällt somit auf die Herren Christen zurück.

Wenn nun frank und frei gesagt wird, daß des „roten Spahovogels“ Gesicht immer länger wurde, als das Biewigische Zitat verlesen wurde, so hat der christliche Artikelschreiber und Maulheld seine eigene Physiognomie wohl im Spiegel betrachtet. Warum erwähnt er denn nicht, daß, als der Gauleiter ihn fragte, was er eigentlich gelernt habe, er plötzlich stumm war.

Als zweiter Diskussionsredner sprach der Zentralvorsitzende Herr Lehner; auch er arbeitete nach München-Glabbacher Art, jedoch waren die Leistungen des Schwiegervaters gegenüber denen des Schwiegerjohnes noch nicht auf der Höhe; eine energische Nachhilfe ist da dringend nötig. Die Ausführungen und teilweise Verleumdungen des Herrn Lehner wurden durch den Gauleiter ganz energisch unter dem Beifall der freigeorganierten Kollegen zurückgewiesen. Eine Verleumdung ist es, wenn behauptet wird, nur durch die „Extrasteuer“ sei der Verband vor einem eventuellen Bankrott bewahrt geblieben. (Man muß eine niedrige Bemessungsart haben, wenn solcher Blödsinn verzapft wird.) Am Jahresschluß werden wir ja sehen, was der christliche Verband gegenüber dem freien Verband pro Kopf geleistet hat.

Als dritter Christenredner sprach Herr Klever, der die Behauptung aufstellte, wir leisteten nichts für die Steinindustrie im Oberbergischen Gebiet; die Lohnbewegung im Seppetal sei von den Keramikern erfolgreich gemacht worden. Gauleiter Herrmann wies durch seine Äußerung nach, daß unser Verband es war, der die Lohnbewegung in Fluß brachte.

In dem Artikel über die Versammlung in Desinghausen wird nun behauptet, der Gauleiter agitiere mit den Erfolgen des christlichen Verbandes, und weiter wird demselben die unwahre Äußerung untergeschoben, er könne das machen wie er wolle. Hierauf paßt für den wahrheitsliebenden Artikelschreiber der Spruch: Sie lägen, daß ich die Balken biege.

Wenn der Artikel dann noch von Poffenmachen und dergleichen schwafelt, so muß man dies dem schwarzen Artikelschreiber nicht schlimm anrechnen; nach Gottes unerforstlichen Rathschluß scheint sein Gehirn manchmal etwas durcheinander geraten zu sein. Wenn noch die Behauptung aufgestellt wird, ein Schlußantrag sei nur mit knapper Majorität angenommen worden, so reiht sich dies noch den andern Behauptungen würdig an.

Worin die moralische Niederlage nach der Versammlung für unsern Verband bestehen soll, ist nicht ersichtlich. Wir sind mit dem Verlauf und dem Erfolg für unsere Sache vollaus zufrieden. Die Christlichen werden ja sehen, welche enormen Fortschritte sie in der Bewegung erzielen. Wir machen uns den Ausspruch Napoleons I. zu eigen: „Laßt sie nur schimpfen, sie heißen auf Granit.“

2. für ein einfaches Reihensteinpflaster oder Schlackensteinpflaster mit Fugenverguß, welches nach zirka 30 Jahren zu erneuern sei:

Anlagekosten	15.25 Mk.
Unterhaltung pro Jahr	— 10 „
Umplasterung alle zehn Jahre	5. — „
Erneuerung nach 30 Jahren	15.25 „

also in 30 Jahren unter Berücksichtigung von Zinseszins ca. 73.42 Mk.

Der Ausschuß bedauert lebhaft, daß auf Veranlassung der Finanzdeputation 2 000 000 Mk. bei den einzelnen Ingenieurstellen für Straßenspaster gezeichnet sind.

Natürlich muß das Material zu den Reihensteinpflastersteinen sehr hart sein, wenn es seinen Zweck völlig erfüllen soll.

Ein Notschrei der Breslauer Bildhauer und Steinmetzen.

Seit Jahren haben die Breslauer Bildhauer- und Steinmetzgehilfen unter schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen zu leiden. Der Genosse Schramm, Mitglied des Bildhauerverbandes, referierte kürzlich in der genannten Stadt und führte folgendes aus:

Die Bildhauer leben in einer beständigen Krise. Selbst wenn andre Berufe sich erholen, sei der Bildhauer immer noch der Leidtragende. Die Ursachen seien verschiedener Art. Wird das Geld knapp, dann macht man beim Bau Abstriche, soweit dies irgend tunlich ist. Die Bildhauerarbeit ist ja Luxus — das muß herhalten. In der Architektur habe sich eine Wandlung vollzogen. Die Stilart sei eine ganz andre geworden, es herrsche die glatte Fläche ohne jeden ornamentalen Schmuck. Viel Schuld an der Misere trage auch die Verunsicherung der Bildhauer. Die Scherfchen Organe verbreiteten die Mär, daß tüchtige Bildhauer immer noch achtzig bis hundert Mark die Woche verdienen können. Trotz aller Entgegnungen halten die Organe daran fest; die Frau sei im Bildhauergerberberuf noch nicht eingedrungen. Scherl empfindet der Frau, diesen Beruf zu ergreifen, wenn sie zeichnerisch vorgebildet ist. Diese Darstellung von dem goldenen Boden der Bildhauerkunst reizt noch so manchen an, es zu versuchen, der dann zum Lohnrücker wird. Die Handwerkskammern sind befreit, dem Handwerk mehr Nachwuchs zuzuführen, ohne daß sie sich mit der Arbeiterorganisation in Verbindung gesetzt und gemeinschaftlich gearbeitet hätten, haben sie Lehrlingsvermittlungstellen eingerichtet. Wer da glaubt, daß für den Bildhauer- und Steinmetzberuf noch mehr Lehrlinge notwendig seien, der habe keine Ahnung von diesem Gewerbe. Wohl in keinem andern Berufe sei die Arbeitslosigkeit eine so große, ohne so beständige, als gerade in diesem. An der Hand statistischen Materials wies der Referent nach, daß 10 bis 16 Prozent ständiger arbeitslos sind. Diese Tatsache erklärt auch den Lohnrückgang. Kollegen, die eine vierjährige Lehrzeit durchgemacht, sind froh, ihr Handwerk verlassen und ein Unterkommen als Note Radler, Straßenbahnkassierer, als Pader, Haushälter oder Kellner finden zu können.

So weit ist es mit der Bildhauerkunst gekommen. Zum Untergang der Kollegenschaft und der Handwerksmeister trage auch die Kunstgewerbeschule nicht unwesentlich bei. Referent erklärte, er sei gewiß für Fortbildung, aber sie solle nicht auf Kosten des Gewerbes geschehen. Wenn Staat und Kommune Künstler ausbilden wollen, so wird niemand dagegen etwas einwenden, aber die im Gewerbe Beschäftigten dürfen nicht darunter leiden. Wenn den Lehrern, die ohnehin gut besoldet werden, noch alle fiskalischen und städtischen Arbeiten übertragen werden und die Zeichnung noch so eingerichtet wird, daß der Lehrer mit seinen Schülern die übertragene Arbeit ausführen kann, so heißt das, das Gewerbe untergraben. Gegen ein solches System muß mit aller Energie gekämpft werden. Der Beweis, daß solche Arbeiten von den Gewerbetreibenden nicht ausgeführt werden können, sei von niemandem erbracht worden und könne auch nicht geführt werden. Nur die Gewerbetreibenden seien an diesem System schuld. Bei größeren Ausführungen werden ausländische Künstler herangezogen. In Breslau gibt es ja keine Bildhauer. Am Dom werden Bildhauerarbeiten ausgeführt. Dazu hat man Bildhauer aus Ungarn kommen lassen, als ein hiesiger Bildhauer um Anstellung nachsuchte, schrieb der Dompropst, man sei nicht geneigt, noch mehr Bildhauer anzustellen, man wolle überhaupt nur Leute, „mit denen man in Frieden leben könne“.

Schritte gegen die maßlose Konkurrenz, die die Schule treibe, seien wiederholt bei allen Körperchaften gemacht worden, aber gescheitert haben sie nicht. Das dürfe aber nicht abhalten, den Kampf aufs neue zu führen, Meister und Gehilfen in gemeinsamer Arbeit.

Die Ausführungen fanden lebhaften Beifall. In der Diskussion wurde alles bestätigt, was der Referent vorgetragen hatte. Der Handwerker, der seine Arbeitsfreudigkeit zu jeder Zeit bekundet, der alles daran setzt, sich künstlerisch zu betätigen, werde zurückgesetzt, seine Kunst mißachtet, die meisten jungen Leute der Kunstschule mißachten, wenn sie die Schule verlassen haben, zu gleichen billigen Löhnen arbeiten, die Kunst wird nicht mehr gefördert, für sie wird nichts aufgewendet. Der Staat will sparen, aber die Sparsamkeit werde am verkehrtesten Ende angefangen, die Kunst zeige das an fiskalischen Bauten. Im Jahre 1908 wurden bei einer Einnahme von 3000 Mk. 2599 Mk. für Arbeitslöhne ausgegeben. 1909 2200 Mk., 1908 waren in Breslau 305 Bildhauer 5951 Tage arbeitslos, 1909 189 Gehilfen 3800 Tage. Die Steinmetzen seien ebenfalls in Mangel, der Steinmetzberuf sei der jämmerlichste und gesundheitsgefährlichste. Auch hier herrsche eine grenzenlose Arbeitslosigkeit. Im Durchschnitt erreichte der Steinmetz ein Lebensalter von 33½ Jahr; ältere Leute befinden sich nicht im Berufe. Die Steinmetzmeister laufen Sturm gegen die Bundesratsbestimmungen, daß Frauen in Granitsteinbrüchen nicht beschäftigt werden dürfen.

Herr Obermeister Andres brachte vor, was die Innung alles getan hat, um der Konkurrenz ledig zu werden. Aber alles war umsonst. Man hat sich an die Landtagsabgeordneten gewandt, die erklärten, der Landtag sei geschlossen und schickten die Petition einfach zurück. Und wenn einige Engelsköpfe zu machen sind, die Kunstschule muß herantreten. Er ist auch dafür, daß unausgesehrt für eine Besserung gewirkt werden müsse. Nach einem Schlußwort des Referenten wurde eine Kommission gewählt, die die Forderungen, die an alle in Betracht kommenden Behörden und sonstigen Körperchaften zu richten sind, zusammenstellt. Der Nachwuchs in den Berufen der Bildhauer, Studienteure und Steinmetzen soll verhindert und zur Ausbesserung der Bildhauerei Mittel bewilligt werden. Stadtverordneter Broßig erklärte, daß die sozialdemokratischen Stadtverordneten selbstredend die Forderungen, die durchaus berechtigt sind, im Stadtparlament nach Kräften unterstützen werden.

Hamburgs Straßenpflaster.

Die städtischen Bauverwaltungen sind im allgemeinen bemüht, die Straßenzüge in guter Ordnung zu halten. Einzelne Großstädte, so Berlin, besonders Dresden, sind bekannt, daß sie im wahren Sinne des Wortes für ein ausgezeichneter Straßenspflaster Sorge tragen. Die Hamburger Stadtverwaltung dagegen scheint etwas knauserig veranlagt zu sein, denn das Stadtparlament hat letzten beim Etat Pflasterungen ansehnliche Abstriche gemacht. Neu angelegte Straßen werden noch immer der Sparjamkeit halber mit rauhem Pflaster belegt, während andere Städte schon lange hierfür sofort Reihensteinpflaster verwenden. Aber nicht nur die Straßendämme, sondern auch die Fußwege, namentlich in den früheren Vororten, befinden sich zum Teil nicht in einem angemessenen Zustand. Vielfach sind die Trottoire nicht voll mit Platten belegt, es liegen vielmehr neben den Platten noch mit Grand ausgefüllte Flächen, die im Sommer zur Staubentwicklung beitragen, im Herbst und Winter aber bei Regenwetter und Glätte kaum passierbar sind. Mit all diesen Uebelständen hat sich jetzt der Budgetausschuß einmal gründlich beschäftigt und er ist zu der Ansicht gekommen, daß es dringend geboten ist, für die Zukunft größere Aufwendungen zu machen, als in den letzten Jahren für Straßenspflaster und Trottoire gemacht worden sind. Dem Ausschuß ist vom Oberingenieur das folgende mitgeteilt worden: Anfang 1909 seien im Stadtgebiet Hamburg zirka 4 140 000 Quadratmeter unbefestigte Fahrdammflächen vorhanden gewesen. Davon hätten bestanden zirka 105 000 Quadratmeter in Chausseen, zirka 2 050 000 Quadratmeter in rauhem Pflaster, zirka 575 000 Quadratmeter in Reihensteinpflaster ohne Fugenverguß, zirka 700 000 Quadratmeter in Reihensteinpflaster mit Fugenverguß und zirka 270 000 Quadratmeter in Brückenpflaster auf Beton mit Fugenverguß. Hierzu seien dann noch gekommen zirka 90 000 Quadratmeter Schlackensteinpflaster, zirka 295 000 Quadratmeter Stampfaphaltpflaster, zirka 23 000 Quadratmeter Holzpflaster, zirka 12 000 Quadratmeter Kleinpflaster und zirka 30 000 Quadratmeter in diversen Pflasterungen, letztere neben Bohlenbelägen, Schlacken-, Radfahr- und Reitwegen in 206 000 Quadratmeter sogenannten Sommerwegen. Das sogenannte rauhe Pflaster überwiege somit bei weitem und betrage zirka 50 Prozent der gesamten Pflasterungen. Um aber den unansehnlichen Nachweis zu erbringen, wie rückständig Hamburg in dieser Angelegenheit sei, sind von der Deputation im Anfang des Jahres 1909 an alle Städte Deutschlands, Oesterreich-Ungarns und der Schweiz mit über 100 000 Einwohnern eingehende Anfragen über ihr Pflasterverhältnisse ergangen. Von 43 Städten, die geantwortet hätten, verwendeten 32 Städte überhaupt kein rauhes Pflaster mehr, sieben ließen dieses Pflastermaterial nur als vorübergehende Pflasterung in neuangelegten, noch nicht voll ausgebauten Straßen und zwar bei hohen Bodenauffüllungen und bei moorigem Untergrunde, zwei nur ausnahmsweise in Vororten und in Nebenstraßen oder bei Gefällen über 1:10. Das in einigen der obengenannten 32 Städten vorhandene rauhe Pflaster werde nur noch notdürftig unterhalten, aber nicht mehr neu verlegt, und werde schon nach einigen Jahren durch besseres Pflaster ersetzt. Wie sehr die Maßnahmen dieser Städte berechtigt seien und auch für Hamburger Verhältnisse zuträfen, sei aus der nachstehenden Gegenüberstellung ersichtlich; hierbei seien Straßen mit ganz geringem oder außergewöhnlich schwerem Verkehr nicht berücksichtigt. Zur ordnungsmäßigen Anlage, Unterhaltung, Ergänzung resp. Erneuerung seien in einem Zeitraum von dreißig Jahren bei einer Verzinsung von 4 Prozent zu veranschlagen:

1. für 1 Quadratmeter „rauhes Pflaster“, welches nach zirka 15 Jahren erneuert werden müsse:

Anlagekosten	10.50 Mk.
Unterhaltung pro Jahr	— 20 „
Umlegung alle fünf Jahre	2.50 „
Erneuerung nach 15 Jahren	10.50 „

also in 30 Jahren unter Berücksichtigung von Zinseszins ca. 87.56 Mk.

Korrespondenzen

Braunschweig. Am 2. Februar tagte hier unsere Generalversammlung. Beim 1. Punkt wurde dem gewesenen Vorstand Entlastung erteilt. Nachdem erklärte der Vorsitzende an der Tafel Sitzgen. Der Preis für die Kalksteinpfeiler beträgt 26 Mark. Vor 10 Jahren wäre dafür 30 Mark noch ein schlechter Lohn gewesen. Es wurde eine Kommission gewählt, die vorstellig werden soll. Eine Beitragserhöhung von 60 auf 70 Pf. hinsichtlich unserer Lohnbewegung wurde der ungünstigen Geschäftslage wegen abgelehnt. (!) (Lohnbewegung, ungünstige Geschäftslage, dabei Ablehnung des Sozialbeitrags, welcher pro Woche 10 Pf. betragen soll. Das ist ein eigenartiger Standpunkt in einer Zeit, wo die Unternehmer unermüdlich zum Kampfe rufen. Redaktion.) Beim Punkt Verschiedenes wurde

die Arbeitslosigkeit am Orte besprochen, es wurde darauf hingewiesen, daß in Anbetracht unserer Lohnbewegung Zugang nach hier strengstens fernzuhalten ist. Die Versammlung war trotz der wichtigen Tagesordnung nur mäßig besetzt.

Sittingen. Hier fand am 6. Februar unsere Monatsversammlung statt. Die Abrechnung vom 4. Quartal 1909 wurde verlesen. Einnahme 639.46 Mk., Ausgabe 138.18 Mk., Bestand 501.28 Mk. Kollege Trümper, der jetzt in der Eisenbahnwerkstätte arbeitet, hatte bei der Kassenübergabe 139.91 Mk. Defizit. Da er sich nun auf nichts einlassen will und die Revisoren noch froh von ihm behandelt wurden, wurde beschlossen, die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft zu übergeben. Zum Kassierer wurde Kollege Hermann Schlinger gewählt. Die Lohnfrage konnte wiederum nicht geregelt werden, da die Versammlung so schlecht besucht war. Es ist beschämend, daß zwei Drittel der Mitglieder seit zwei Jahren nicht einmal das Interesse haben, zur Versammlung zu kommen. Allerdings, wenn eine Lohnbewegung durchgeführt wird, dann kann niemals genügend erreicht werden. Werden nicht alle Wünsche befriedigt, dann hat der Verband verjagt, so meinen wenigstens die Lässigen.

(Die Kollegen in den einzelnen Jahrestellen müssen dafür sorgen, daß überschüssige Gelder sofort zinstragend bei den Sparkassen angelegt werden. Dabei ist Rücksicht darauf zu nehmen, daß die Einlagen „geperrt“ werden; meist sind drei Personen notwendig, wenn Teilbeträge abgehoben werden sollen. Auch die Gauleiter müssen sich öfters über die Anlegung der örtlichen Fonds erkundigen. Die Veruntreuung von Verbandsgeldern muß beseitigt werden; je schärfer örtlicherseits die Kontrolle ist, desto weniger Unterschlagungen sind möglich. Die Redaktion.)

Jena. Am 5. Februar fand im Gewerkschaftshause eine gutbesuchte Steinarbeiterversammlung statt, in welcher unser Gauleiter Koch über: Zweck und Nutzen der Organisation referierte. Er sprach den Kollegen so recht zu Herzen, wie das Unternehmertum bis aufs äußerste die Arbeiter ausbeuteten sucht. Auch wie sich dieselben besser zusammenschließen, wenn es gilt, die Arbeiter niederzuknüeten. Er führte den Crimmitschauer und den Mansfelder Streik so richtig vor Augen und kennzeichnete die Unternehmerrlogik recht drastisch. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Im Punkt Verschiedenes wurde eine lebhaft Debatte darüber geführt, wie sich hier Kollegen abmühen, um Aushungerter zu sein, um die Arbeiter dann ebenfalls ausnützen zu können. Das Gebahren derselben wurde aufs schärfste verurteilt. Triumphiert auch heute noch die Kapitalistenklasse über die wirtschaftliche Knechtung der Arbeiterklasse, so kann sie doch die freilichlichen Anschauungen nicht niederknüeten. In der Revolutionierung der Köpfe liegt die beste Gewähr unfres Sieges.

Radweiler. Da unsere Generalversammlung am 9. Januar sehr schlecht besucht war, versohb man sie auf den 30. Januar. Der Kassierer gab die Quartalsabrechnung bekannt. Reingewinn wurde Kastendeig als 1. Vorsitzender. Als Delegierter nach Karlsruhe zur Gaukonferenz wurde Kollege Kastendeig bestimmt. Auch wurden die Restanten an ihre Pflicht ermahnt. Der Anlaß zum schlechten Versammlungsbesuch ist wohl darauf zurückzuführen, daß die Zahlstelle zirka 10 Ortschaften umfaßt. Aber wenn die Einheimischen nicht zur Versammlung kommen, kann man es von denen, welche zwei bis drei Stunden weit weg sind, noch weniger verlangen. Das verfloffene Jahr brachte uns viel Arbeitslosigkeit. Leider haben wir hier viele Restanten zu verzeichnen; um Gesteinung suchen diese Leute erst gar nicht nach. Es ist traurig, wenn die Leute nicht einmal die sogenannte Groschenmarke bezahlen, natürlich bloß soweit, solange die Arbeitslosigkeit in Frage kommt. — Die Bundesratsverordnung wird auch hier sehr schlecht durchgeführt.

Münchberg. Am 23. Januar fand unsere gutbesuchte Generalversammlung im Gewerkschaftshause statt. Der Vorsitzende Schönering gab den Jahresbericht, woraus zu erhellen war, daß die Verwaltung auch in diesem Jahre ihr möglichstes getan hat, hauptsächlich mit Erwerbung neuer Mitglieder im Sleinbrücker Gebiet Kaufmannsholz und Umgegend. Aufgenommen wurden im letzten Jahre über 100 Kollegen. Der Mitgliederbestand betrug am 1. Januar 1910: 242 Kollegen. Der Kassierer Krauß verlas den Kassenbericht. Das Ortsvermögen beträgt 511.00 Mark, wovon 506.12 Mark im Konsumverein angelegt sind. Von den Revisoren wurde die Abrechnung geprüft und alles in bester Ordnung befunden. Hierauf wurde zur Neuwahl der Verwaltung geschritten. Als 1. Vorsitzender wurde Kollege Fritz Niebl gewählt, als 2. Vorsitzender der Kollege Hugo Dorn und als Kassierer Joh. Krauß. Als Ausschussmitglieder wurden die Kollegen Pfänder und Roth bestimmt. Von seiten der Arbeitgeber im Baugewerbe fanden Tarifunterhandlungen statt, wozu alle Branchen eingeladen waren. Nach den Forderungen aber, die die Unternehmer stellten, konnte in dieser Sitzung keine Einigung erzielt werden. Die Unternehmer erklärten den Delegierten der Arbeitnehmer, sie sollen mit ihren Mitgliedern Rücksprache nehmen, und dann sollen neue Unterhandlungen anberaunt werden. Die Versammlung stellt sich auf den Standpunkt, zu warten, bis der Tarif formell gekündigt ist, und dann mit den andern Verbänden in den Kampf einzutreten.

Schmalkalden-Brötterode. Am 30. Januar fand im Gasthof Julius Schenk unsere Generalversammlung statt. Der Kassierer gab die Abrechnung vom 4. Quartal 1909 bekannt, welche für richtig befunden wurde. Dann wurde zur Vorstandswahl geschritten. Vorsitzender wurde Kollege Pittart, Kassierer Michael Weninger, Revisoren Schade und Bauer. Bei Tarifangelegenheiten wurde beschlossen, den Schmalkaldener Tarif zu verlängern, weil zugleich im Jahre 1911 der Brötteroder Tarif abläuft. Dann wurde vom Vorsitzenden der Jahresbericht des 5. Gaues verlesen. Ferner wurde die Klauheit der jüngeren Kollegen in Schmalkalden besprochen, weil sie es nicht für notwendig halten, die Versammlungen zu besuchen, und lieber Vergnügungen mitmachen. Hoffentlich werden sie bald zur Einsicht kommen, wenn sie noch länger im Kuppelrücken Betriebe sind. Auch in anderer Beziehung bestehen hier noch Mißstände bei derselben Firma. Hoffentlich gelingt es uns, dieselben zu beseitigen. Der Vorsitzende ersuchte, die Agitation in diesem Jahre recht rege zu betreiben.

Schmerikon (Schweiz). In diesem Orte mit einer sehr reaktionären Bevölkerung spielten sich letzter Zeit harte Kämpfe ab und zwar speziell um die Wahrung des Vereinsrechtes. Daß dabei einige Steinmetzen, auch Kollegen, durch ihr Charakterwidriges Benehmen, noch beigetragen haben die Situation zu verschärfen, ist zu bedauern. Auf einem Werkplaz arbeiten zwei organisierte, Rudolf Probst und Karl Reiser (letzterer in Deutschland gut bekannt. Diese Kusften bei Licht bis 8 und 10 Uhr abends. Die Nichtorganisierten haben stets beizeiten die Arbeit am Abend eingestellt. Als nun diese zwei Mann kürzlich von einem Nebenkollegen zur Rede gestellt wurden, da gingen sie hin und veranlaßten dessen Entlassung und nachher prügeln sie ihn noch durch. Auf dem andern Plaze, wo Kunststein gearbeitet wird, steht die Sache nicht besser. Hier arbeiten 10 Mann und helfen dem Meister, einem hochtragenden Offizier, die Organisation der Steinbauer zu untergraben, trotzdem die meisten derselben organisiert sind und heute noch teilweise in Konstanz organisiert sein wollen. Nebenbei gehen sie noch her und stellen dem Meister einen Akkordtarif für Kunststein auf, trotzdem sie wissen, daß in der Schweiz Akkordarbeit für Kunststein verboten ist. Der schweizerische Zentralvorstand hat beschlossen, diese Subjekte alle auszuschließen und geben wir hier die Namen derselben bekannt, welche aus Deutschland gebürtig sind. Es sind dies: Baumann, Mehger, Heim und Bischof. Das Zentralkomitee der Schweiz.

Schwarzbach. Am 6. Februar fand eine Versammlung statt, die erfreulicherweise sehr gut besucht war. Leider ist Kollege Mittenmeier, der ein Referat halten sollte, verhindert ge-

Wesen, zu erscheinen. Es wurde deshalb der Beschluß gefaßt, daß derselbe am 6. März ein Referat über ein beliebiges Thema halten soll. Zu dieser Versammlung sollen die dem Verbands noch fernstehenden Kollegen brieflich eingeladen werden. Ein Antrag, daß die Beiträge zum Arbeitersekretariat in Zukunft von den Kollegen selbst bezahlt werden, mußte wegen der am Orte herrschenden Arbeitslosigkeit zurückgestellt werden. Dagegen wurde ein Antrag, Gründung eines Gewerkschaftsartells, angenommen, und wurde der Vorsitzende beauftragt, sich mit den Vorständen der anderen Organisationen dieserhalb in Verbindung zu setzen. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, ihre Statistik auszufüllen, damit sie ihre Rechte auf Unterstützungen nicht verlieren. Hauptsächlich ist die nächste Versammlung ebenfalls sehr gut besucht. Einigkeit am hiesigen Orte tut bitter not, und da in Zukunft die Fragen, welche in Eisenach behandelt werden, auch in der hiesigen Zahlstelle erörtert werden müssen, so dürften die Versammlungen auch nicht uninteressant werden.

Sparged. Am 6. Februar tagte hier im Kühnethschen Gasthause unsere Generalversammlung, welche am Besuche viel zu wünschen übrig ließ. Kollege Fester verlas die letzte Quartalsabrechnung, welche zur Prüfung vorgelegt und für richtig befunden wurde. Nach langer Diskussion wurde zur Neuwahl geschritten. Der bisherige Vorsitzende, Chr. Bates, erklärte, daß er die Wahl unter keinen Umständen mehr annehmen wolle, worauf dann Johann Walther zum Vertrauensmann gewählt wurde. Wiedergewählt wurde als Kassierer Hans Fester. Dem gemäßigteren Kollegen Nikolaus Adam wird Unterstützung aus der Lokalkasse gewährt. Der neue Vorsitzende hat, daß ihn die Kollegen bei Ausübung seines Amtes unterstützen möchten. Die Debatte drehte sich noch um verschiedene Mißstände, welche beseitigt werden müssen. Die Versammlung verlief im übrigen sehr harmonisch. Öffentlich bleibt es auch in Zukunft bei dieser Einigkeit.

Strahburg (Elsaß.) Die Erwerbslosenunterstützung undurchsichtig. Dieses Fazit ergibt sich für die Zahlstelle Strahburg. Auch das hiesige Projekt, das auf der Grundlage einer 80prozentigen Arbeitslosigkeit aufgebaut war, mit einem wöchentlichen Beitrag von 25 Pfg. wurde von den Kollegen verworfen. Den Unterstützungsberechtigten sollten insgesamt 18 Mk. pro Jahr gewährt werden. Es ist der Beschluß um so bedenklicher, weil für mindestens 90 Proz. der Zahlstellenangehörigen der städtische Zuschuß von 50 Proz. gegenüber der Verbandsunterstützung in Betracht kam. Ist eine obligatorische Erwerbslosenunterstützung nicht möglich, so ist jedes Wort für die fakultative umsonst. Die Zentralvorstandsvorlage betont mit Recht, daß die Opferwilligkeit unter den Kollegen noch viel zu wünschen übrig läßt. Die Arbeitslosenunterstützungsvorlage der Zahlstelle Strahburg hat sich somit für diesmal wieder erledigt. Für uns lag ja gerade ein besonderer Anreiz vor, diese Unterstützung anzunehmen, weil die Stadt Strahburg 50 Proz. Zuschuß leisten würde zu dem Sage, den wir eingeführt hätten.

Die Generalversammlung inklusive der Neuwahlen brachte nennenswerte Änderungen nicht. Vorstand, Tarifkommission und Baukontrolleure sind wieder durch die alten Repräsentanten zusammengesetzt. Die Auszahlung des Krankengeldes erfolgt nur noch jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr im Vereinslokal zur Stadt Metz. Auch in anderen Angelegenheiten mögen sich die Kollegen tüchtig während dieser Zeit an den Kassierer wenden. Ferner wurde in dieser Versammlung die Tarifkündigung beschlossen. Durch die Post verschleppt, gelangte die Kündigung jedoch erst am 3. Januar zur Kenntnis der Innung. Die Innung zweifelt deshalb die Kündigung an. Ueber den Bericht der Gauleitung referierte Waldhart. Das Referat gab Stoff zu einer interessanten Debatte. Immer noch können es einige Kollegen nicht vergessen, daß die Gauleitung nach Karlsruhe verlegt wurde, und ließen sich nur schlecht belehren, daß Kollege Braun ein Opfer des Erfolgs in den Bogenen wurde. Zur Gaukonferenz wurden die Kollegen J. Schäfer und Waldhart gewählt.

Rundschau.

Die Arbeitslosigkeit der Leipziger Steinarbeiter ist enorm. Am 29. Januar nahm das Gewerkschaftsamt eine Zählung der Arbeitslosen vor. Wir wollen nun etliche Berufe anführen; die Zahlen sind für die Debatte zur Erwerbslosenunterstützung sehr interessant. In den einzelnen Gewerkschaften war das Ergebnis folgendes:

	Mitglieder	Arbeitslose	Prozent
1. Bauhilfsarbeiter	2455	597	24,3
2. Bildhauer	171	25	14,6
3. Holzarbeiter	5025	135	3,6
4. Metallarbeiter	11838	268	2,2
5. Fabrikarbeiter	2474	134	3,8
6. Steinarbeiter	196	102	52,0
7. Zimmerer	1266	253	19,9
8. Buchdrucker	4985	231	4,8

Die Gewerkschaften unter Ziffer 2, 3, 4, 5, 7 und 8 haben die Arbeitslosenunterstützung eingeführt. Ja, aber alle diese Verbände haben eine ganz geringe Arbeitslosigkeit ihrer Mitglieder gegenüber den Steinarbeiterverbandsangehörigen. Diese Erhebung zeigt so recht drastisch, wie behutsam man sein muß, wenn bei Polemiken so ohne weiteres auf andere Verbände verwiesen wird.

Das bayrische Zentrum gegen die Arbeitslosenversicherung. Das Zentrum hat die Mittel zur Einführung der Arbeitslosenversicherung in Bayern verweigert! Die sozialdemokratische Fraktion hatte den Antrag gestellt, für Zwecke der Arbeitslosenversicherung 150 000 Mark in den Etat einzustellen. Daraus sollten die Städte, die die Arbeitslosenversicherung einführen, Staatszuschüsse bis zu 50 Prozent ihres Aufwandes erhalten. Am 3. November 1909 fand die Plenarberatung statt. Die Zentrumsbühnen äußerten sich zustimmend, so daß man annehmen durfte, das Zentrum werde mit Energie für den Antrag eintreten. Der Antrag wurde in den sozialen Ausschuss verwiesen. Am letzten Donnerstag fand er im Ausschusse zur Verhandlung. Der Korreferent Königbauer, christlicher Arbeitersekretär, befrwortete die Ablehnung des Antrags mit der Motivierung, daß bis heute die Städte noch keine Arbeitslosenunterstützung eingeführt hätten und man Zuschüsse erst dann bewilligen könne, wenn das geschehen sei. Das ist natürlich nur eine faule Ausrede. Denn die Gewährung des Staatszuschusses sollte das Risiko verteilen und dadurch erst die Städte aufmuntern, an die Arbeitslosenversicherung heranzutreten.

Die Zentrumsredner, besonders die Arbeitervertreter unter ihnen, haben wieder einmal den Beweis erbracht, daß das Zentrum versagt, wenn es gilt, Arbeiterfreundlichkeit durch Taten zu beweisen.

Eine Klarstellung der Begriffe „Bildhauerei“ und „Steinhauerei“ beabsichtigt die Handwerkskammer zu Hannover herbeizuführen. Es hat sich herausgestellt, daß Werkstätten, in denen Grabsteine aus Zement hergestellt oder fertige Steinmonumente zugerichtet und mit Aufschriften versehen werden, sich häufig als „Bildhauereien“ bezeichnen, obgleich die Bildhauerei ein für sich bestehendes „Kunsthandwerk“ ist. Die Bearbeitung der Grabsteine fällt meist unter den Begriff „Steinhauerei“.

Opferwilligkeit. Der Stukkateurverband steht vor großen Lohnkämpfen. Die Verbandsinstanzen haben nun beschlossen, daß ab 12. Februar ein wöchentliches Extrabeitrag von 1 Mark zu leisten ist. Diese Anordnung zeigt, daß sich die Bauunternehmer mit ihren scharfmacherischen Plänen sehr verrechnen dürften.

Auffschneiderei. Die christliche „Keramarbeiterzeitung“ nimmt in der Nr. 6 auf die Steinindustrie des Maintals Bezug. Es werden dann einige Orte aufgeführt, in welchen die Schwarzen „angeblich“ die Stundenlöhne um 5 Pfg., die Akkordlöhne um 15 bis 20 Prozent erhöhen konnten. Aber dann ist folgender Passus zu lesen:

Große Erbitterung erregt unter den Kollegen das wilde Akkordsystem, das leider im Raingebiet so sehr verbreitet ist. Eine genaue Einsicht seitens der Arbeiter in das Akkordwesen ist ausgeschlossen. Es wird also mit Recht über das Akkordwesen geklagt, aber in der Einleitung ist die „Keramarbeiterzeitung“ so ohne weiteres in der Lage, die erzielten Erhöhungen prozentual anzugeben. Die Akkordpreise sind wirklich, aber in einigen Orten sind dieselben nach dem schwarzen Blättle genau um 15 bis 20 Prozent erhöht worden.

Das nennt man auf gut Bayrisch: „Sprüche herunterreißen“.

Die Christlichen wollen sich reinwaschen. Das Nachspiel vom unglückseligen Streit in Badisch-Meinsfelden will kein Ende nehmen. Das tragische Nachspiel für die Opfer des Streiks ist beendet, die christliche Blamage aber lebt fort, die der christliche Metallarbeiterverband mit seinem Schutengel, seinem Angestellten namens Engel, schon bisher so reichlich verdient hat.

Von der Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes war eine Broschüre über den Rheinfelder Streik herausgegeben worden, in der die unrühmliche Rolle, die Engel und nach ihm der christliche Verband gespielt haben, attemmäßig und tatsachengemäß dargestellt wurde. Jetzt hat der christliche Metallarbeiterverband eine noch umfangreichere, 86 Seiten starke Broschüre herausgegeben, die nach Art der Schauerromane-Reklame angepriesen wird. Außerst bezeichnend für den Wert dieses Sammelbuchs ist es, daß in ihm die wichtigsten Aktenstücke, die für die Deffentlichkeit so interessanten Auseinandersetzungen mit den Behörden fehlen. Die Erklärungen vom Landeskommissar Straub, Fabrikinspektor Dr. Wittmann und Bürgermeister Senger sind darin nicht enthalten. In einer Fußnote suchen die Christlichen sich über diese Unterschlagung hinwegzu-erklären, indem sie bemerken, „daß über die Differenzen mit der Fabrikinspektion noch Verhandlungen schweben“. Diese Erklärung, deren Unwahrheit ganz offenbar ist, reicht sich den übrigen, von den Christlichen in dieser Affäre geleisteten Verdienststücken würdig an die Seite. Die schwindeln wirklich wie der Teufel und lügen aus Prinzip, zumal, wenn man noch weiß, daß dem Gewerbeinspektor Dr. Wittmann von solchen Verhandlungen nichts bekannt ist, daß er vielmehr nach den bösen Erfahrungen mit den Christlichen jeden Verkehr mit allen christlichen Gewerkschaften abgebrochen hat.

Die Unterstützungsleistungen der amerikanischen Gewerkschaften. Der jeben erschienenen Bericht des amerikanischen Bureaus für Arbeiterstatistik enthält eine lehrreiche Uebersicht über das Unterstützungswesen der Arbeitervereinigungen in den Vereinigten Staaten. Insgesamt erfaßt dieser Bericht etwa 1200 Unterstützungsstellen, darunter 84 Klassen der Nationalen oder Zentralverbände, die sämtlich Sterbegeld von 15 Dollar an bis zu 4500 Dollar zahlen. Der am meisten übliche Satz jedoch ist 100 Dollar, der in 7 Organisationen sowohl beim Ableben eines Mitgliedes, wie dessen Ehefrau ausgezahlt wird, natürlich entsprechend der Beitragsklasse und der Dauer der Mitgliedschaft. Nur 19 dieser Verbände zahlen eine Unterstützung in Fällen temporärer Arbeitsunfähigkeit, die zudem in nur zwei Fällen 6 Dollar übersteigt. Unterstützung bei dauernder Arbeitsunfähigkeit zahlen 22 Verbände. Altersrente zahlen bisher erst vier Verbände, doch soll dieser Unterstützungszweig demnächst bei weiteren fünf Organisationen in Kraft treten. Nur vereinzelte Verbände zahlen Arbeitslosenunterstützung, Entschädigung bei Verlust durch Schiffbruch, von Werkzeugen usw. — Verhältnismäßig ausgedehnt ist ein besonderes Unterstützungssystem noch in den lokalen Organisationen bzw. Ortsgruppen. Der genannte Bericht umfaßt 630 solcher lokalen Unterstützungsstellen aus etwa 90 Berufen, doch ist deren Zahl bedeutend höher. Wenige Klassen nur zahlen eine wesentliche Unterstützung von 10 bis 15 Dollar bei temporärer Arbeitsunfähigkeit, andere dagegen nur 1—2 Dollar, während viele 5 Dollar zahlen. Rund 9 Proz. der Gesamtmitglieder bezogen für durchschnittlich 27 1/2 Tage eine solche Unterstützung, die sich auf rund 80 Cent (3,30 Mk.) pro Tag belief. Die Durchschnittssumme der Sterbeunterstützung betrug in allen Verbänden je 116,88 Dollar für Mitglieder, 50 Dollar beim Tode der Ehefrau eines Mitgliedes.

Im allgemeinen ist das Unterstützungswesen in den amerikanischen Gewerkschaften, abgesehen von der Sterbeunterstützung und den Unterstützungen, die von Kassen gewährt werden, an denen auch der Unternehmer partizipiert, oder zu denen sogar der Beitritt für die Arbeiter obligatorisch ist, noch wenig entwickelt.

Ein mit tödlichem Ausgange erfolgter Unglücksfall ereignete sich im Basaltbruch der Firma Veimbach u. Co. auf dem Rothberge bei Roth v. Rhön. Der 40 Jahre alte Arbeiter Leo Stumpf von Hausen geriet unter einen mit Steinen beladenen Kollwagen, wobei ihm das rechte Bein abgefahren wurde. Gegen Abend verstarb der Verunglückte an den erlittenen Verletzungen.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 7. bis mit 12. Februar 1910. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate, X. = Extrasteuer.)

- Büchlberg, B. 68.04, K. 11.10. Hoof, B. 20.70, K. 0.30. Zitting (Söbner), 10.—. Stade, B. 45.70. Dannenberg, B. 4.95. Kiegnitz, B. 7.30. Siderode, B. 4.45. Sommerfeld, K. 0.60. Chemnitz (Muster), Ins. 48.—. Gotha, Ins. 2.05. Schopfloch, B. 7.60, K. 1.40. Wolfshagen, B. 84.—. Regenborn, B. 127.30, K. 0.20. Meißen, B. 184.—, K. 36.—. Häslich, B. 420.—, K. 30.—. Hamburg II, B. 460.—. Balduinstein, B. 76.—. Bernsdorf, B. 114.24, K. 2.90. Demig, B. 210.—, E. 10.—, K. 50.—. Eiterhagen, B. 4.18, E. 5.50. Königsbrück, B. 126.—. Selb, K. 20.—. Rotenburg, B. 5.—. Abainville, B. 12.74. Rendsburg, B. 3.30. Göffenheim, B. 25.20, E. 3.50, K. 22.30. Solnhofen, B. 4.62, K. 7.80, Div. 2.06. Cramwinkel, B. 46.—. Wildemann, B. 126.—, K. 50.—. Görbersdorf, B. 4.35.

Ludwig Geist, Kassierer.

Allgemeine Bekanntmachungen.

- Gotha. Der Kollege Philipp Löber aus Faulbach (Verb.-Nr. 25091) ist von hier abgereist und hat sein Buch in größter Unordnung liegen lassen. Die Ortsverwaltung.
- Meißen I. Die reisenden Kollegen werden ersucht, bevor sie hier um Arbeit nachfragen, sich erst beim Vorsitzenden Auskunft zu holen. — Die Arbeitsgelegenheit in der Granitindustrie ist sehr schlecht. Der Vorstand.
- Rieneburg. Zureisende Marmor schleifer oder solche, die glauben, bei der Firma R. Ehler in Arbeit treten zu können, mögen vorher genaue Erkundigungen einziehen.
- Riel. Der Zuschuß zur Reiseunterstützung fällt von nun ab weg. Die Ortsverwaltung.
- Wannheim. Den Delegierten des 8. Gaus zur Kenntnis, daß sich das Wohnungskomitee gebildet hat. Wünsche und Anfragen sind zu richten an den Kollegen Jakob Brunner, Kleinfeldstraße 40.
- Gildesheim. Die Reiselkarte des Kollegen Hugo Deneke (Buch-Nr. 27406) ist verloren gegangen. Vor Mißbrauch wird gewarnt. Die Ortsverwaltung.

Neue Zahlstelle.
Eiterhagen (6. Gau). Vorl.: Konrad Reiss. Kass.: Karl Schrotz.

Adressen-Änderungen.
Kürnbach. Vorl.: Wilhelm Schaaf.
Dof (Bay.). Vorl.: Georg Wandersky, Delsitzer Str. 27.
Seltentitzchen. Vorl.: Karl Scholz, Schäfer Straße 127a.
Langenalthem. Vorl.: Johann Rittsteiner. Kass.: Friedr. Dümler.
Lahr (Baden). Kass.: Joseph Dehler, Gasthaus zum Adler. Derselbe zahlt auch die Reiseunterstützung aus.
Gotha. Vorl.: Karl Drummer, Langenlaaer Straße 60.

Briefkasten.

J. in S. Damit einverstanden, aber etwas mehr Ausführlichkeit ist schon am Plage. Bei solchen Themen muß schon etwas tiefer „geschürft“ werden. — M. Gewiß, die Stadt Eisen vergab kürzlich durch Ausschreibung 3800 Quadratmeter Reihens-Pflastersteine. Die Schweden forderten pro Quadratmeter etwa 8.10 Mk., deutsches Grauwadematerial wurde um 6.50 Mk. angeboten. Das städtische Bauamt wird Dir Deine Anfrage sicherlich beantworten. Wir wären nicht, ob die Stadt Eisen den Unternehmern bezüglich der Tarife solche Bestimmungen vorschreibt. Weitere Nachricht ist uns erwünscht. — R. Du mußt noch etwas Geduld haben. — J. in S. Das erfahren wir nicht. In die Postzeitungsliste können wir keinen Einblick nehmen. — Lübeck. Das Versehen lag bei der Redaktion; die dementsprechende Meldung ging uns nämlich aus Kiel zu. — Spreewälder. Dein Humor scheint unverwundlich zu sein. Besten Gruß! — Kaiserhammer. Was sollen denn derartige inhaltslose Berichte. Aber gern sei vermerkt, daß Genosse Dill unter lebhaftem Beifall referierte. — 2. Gau. Gut geraten!

Anzeigen

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Verhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

1. Gau (Berlin).

Am Sonntag, den 13. März, mittags 12 Uhr, findet unsere **Gaukonferenz** im **Gewerkschaftshaus in Rostock**, Regenerberg 10, statt.
Tagesordnung: 1. Bericht der Gauleitung. 2. Organisation und Agitation. 3. Der Verbandstag. 4. Anträge, welche durch obige Tagesordnung nicht erledigt sind.
Die Zahlstellen des 1. Gaus werden ersucht, sofort hierzu Stellung zu nehmen und die Namen der Delegierten der Gauleitung mitzutheilen. Die Kassenbücher der Zahlstellen sind mitzubringen.
Die Gauleitung. J. A.: Leonh. Sieben
Berlin N. 113, Schivelbeiner Straße 17, III.

Hobelstahl, Steinmetz-Bleistifte
Steinmetz-Besen, Knüppel, Blutsteine
Werkzeuge und Werkzeugstahl
empfehlen zu billigen Preisen
Max Muster, Eisenhandlung
Chemnitz i. Sa., Bernsdorfer Straße 32.
Preisliste gratis und franco.

Albert Baumann
Werkzeugfabrik und Härtewerk
Aue (Erzgeb.)
Preisliste
über alle
Steinmetz-Geschirre
versende gratis!
Lieferung sofort!

Schürzen
Hausmacherleinen, 100 u. 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Fadets, Leder- und Drahtstiefeln in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert
Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung
Eigene Anfertigung.
Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Zwei tüchtige, solide Hand- u. Maschinenschleifer
welche saubere Arbeit liefern, wenn möglich verheiratet, erhalten
sicher dauernde Arbeit.
Grenit- und Granitwerke Groß-Bieberau (Odenwald).

Gestorben.
In Bunzlau am 11. Februar der Kollege **Reinhold Sante**, 39 Jahre alt, an der Berufskrankheit. — Eben-dasselbst am 6. Februar der Kollege **Karl Blacica**, 31 Jahre alt, an Gehirnverweichung.
In Deutmannsdorf am 6. Februar der Kollege **Roman Sanich**, 31 Jahre alt, an Lungenkatarrh.
In Dresden am 12. Februar der Kollege **Ernst Richard Feich**, 40 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In München am 28. Januar der Kollege **Georg Högl**, 25 Jahre alt, an der Berufskrankheit. — Eben-dasselbst am 2. Februar der Kollege **Joseph Damer**, 44 Jahre alt, an Herzlähmung.
In Pirna am 6. Februar der Kollege **August Damm**, 43 Jahre alt, an der Berufskrankheit. — Eben-dasselbst am 7. Februar der Kollege **Gustav Lange**, 31 Jahre alt. Er schied freiwillig aus dem Leben.
In Reinhardttsdorf (Zahlstelle Pirna) am 9. Februar der Kollege **Julius Geisler**, 39 Jahre alt, an Schwindsucht.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Kriegergesellschaft.

Die staatlichen Bruchmeister.

Im sächsischen Landtag stand am 1. Februar das Kapitel Sozialpolitik auf der Tagesordnung. Genosse Frähdorf hielt hierzu eine vorzügliche Rede, auch kam er darauf zu sprechen, daß zur Ueberwachung der Gewerbebetriebe immer noch keine Arbeiterkontrollen angestellt sind.

Ministerialdirektor Dr. Roscher führte dann unter anderem folgendes aus:

„Auch Sachsen, meine Herren, hat auf die Mitwirkung von Personen, die dem Arbeiterstande entstammen, nicht verzichtet, inwieweit es sich um die Beaufsichtigung von Betrieben handelt, die besondere Gefahren bieten, besondere Fachkenntnis erfordern und häufig besucht werden müssen.“

Wir haben heute hier so manche Behauptungen gehört, als wenn bei uns in Sachsen die Verhältnisse viel übler lägen als in anderen deutschen Ländern. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß wir in wenigen Jahren, wenn es überhaupt ein Anlaß wäre, solche Einrichtungen in Jubiläumsform zu feiern, das 50jährige Jubiläum der Einführung von Arbeiteraufsichtsbeamten feiern könnten. In den Elblandkreisläufen sind bereits seit 1863 staatliche Bruchmeister tätig, die früher Bruchmeister waren. Ihnen wurde im Jahre 1903 auch die Ueberwachung der aus der Gewerbeordnung sich ergebenden Schutzvorschriften übertragen. In jüngster Zeit sind sie in gleicher Weise in den besondere Gefahren bietenden Steinbrüchen des unteren Elbtals bei Meißen und des Plauenischen Grundes als Aufsichtsbeamte tätig. Die mit diesen Amtsbrechmeistern gemachten Erfahrungen sind durchaus günstige. Wenn sich bisher ein gleiches Bedürfnis an intensiver Ueberwachung in anderen Betriebsarten nicht (!) geltend gemacht hat, so würde das Ministerium des Innern doch kein grundsätzliches Bedenken tragen, zu dem Anhilfsmittel der Arbeiteraufsichtsbeamten zu greifen, sobald dies nach der Natur der Betriebe als nötig erachtet werden sollte.“

Die Rede klingt ja ganz hübsch. Sie ist anscheinend ganz und gar nicht nach dem Geschmade der konservativen Landtagsgrößen à la Opitz und Harther. Aber wir müssen doch bemerken, daß eine Vermehrung der staatlichen Bruchmeister seit dem Jahre 1863 überhaupt nicht stattgefunden hat. Und wie hat sich derweil in Sachsen die Steinindustrie entwickelt. In der Lausitz, besonders in der Demitz-Thumitzer Gegend, reißt sich heute Bruch an Bruch, im Beuchaer, Brandiser und Wurzner Gebiet ist es dasselbe. In der Amtshauptmannschaft Grimma mühten mindestens zwei solcher Kontrollen angestellt werden. Die Unfälle in den Granitbetrieben sind enorm gestiegen. In Sachsen zählen wir etwa 1100 Steinarbeiter, welche Unfallrenten beziehen. Das ist wohl ein sicherer Beweis über die Unfallhäufigkeit in unserm Berufe. Und wie ungenügend werden die Betriebe revidiert? Aus den Berichten der technischen Aufsichtsbeamten der Steinbrüche-Berufsgenossenschaft ergibt sich darüber folgendes: In Sachsen waren im Jahre 1908 = 1168 Betriebe mit 35 887 Arbeitern vorhanden. Revidiert wurden 434 Betriebe, in welchen 7233 Arbeiter beschäftigt waren. Die berufsgenossenschaftlichen Revisionen erstreckten sich somit auf 37,18 Prozent der vorhandenen Betriebe. Das ist geradezu ein erbärmliches Resultat. Da ist es kein Wunder, wenn die Unternehmer das Leben und die Gesundheit der Steinbrucharbeiter nicht genügend achten. — Wir müssen darauf dringen, daß uns die sächsische Regierung nicht mit wohlfeilen Redensarten abspießt. Ueberdies hat im Vorjahre unsere Zahlstelle Beucha eine Eingabe an das sächsische Ministerium gerichtet, in welcher die Anstellung staatlicher Bruchkontrollen verlangt wird. Doch darauf hat der Regierungsvertreter im Landtage leider mit keinem Worte Bezug genommen.

Das badische Ministerium des Innern über die Arbeitslosenversicherung.*

II.

Nach der Darstellung der auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge vorhandenen Einrichtungen faßt die Denkschrift das Ergebnis der angestellten Erhebungen dahin zusammen, daß notwendige Lebensbedingung für eine Arbeitslosenversicherung ein wirksamer paritätischer kommunaler Arbeitsnachweis und enge Verbindung mit ihm sei. Das Genter System, so heißt es in der Denkschrift wörtlich, ist an Umfang und organisatorischer

* Aus dem „Korrespondenzblatt“.

Durchbildung allen andern Einrichtungen überlegen und gewinnt, wie es scheint, eine immer größere Verbreitung. Seit Wesensern ist die Ermunterung der Selbsthilfe durch Anlehnung an Arbeiterverbände und die Mitbenutzung dieser Verbände zur Mitkontrolle der Arbeitslosigkeit. Für die Stadtverwaltungen liegen die Vorzüge des Genter Systems darin, daß die eigenen Verwaltungskosten auf ein geringes herabgemindert, die Einziehung der Beiträge, die Kassenführung und ein Teil der Kontrolle von den Verbänden übernommen werden.

Als grundsätzliches politisches Bedenken gegen die Einführung des Genter Systems wird geltend gemacht, daß es den Verbänden neue Mitglieder zuführe und somit ihre Kampfmittel stärke. Die Erfahrung hat nirgends gelehrt, daß dies zutrifft; die Entwicklung der Berufsverbände läßt sich auf solchem Wege weder fördern noch hemmen. Und gesetzt auch, es fände da und dort oder allgemein unter der Wirkung des Genter Systems ein stärkeres Strömen der Arbeiterschaft in die Verbände statt, so wird man demgegenüber auch die Vorteile nicht unterschätzen dürfen, die der Gesamtheit durch das vertrauensvolle, zu gegenseitigem Verständnis führende Zusammenarbeiten zwischen den Verbänden und Stadtverwaltungen entstehen.

Mit Rücksicht darauf, daß das Genter System gerade die mit dem größten Berufsrisiko belastete Kategorie von Arbeitern ausschließt, hält die Denkschrift eine Ergänzung des Genter Systems für notwendig und hält eine solche durch freiwillige Versicherungslagen nach Art des stadtkölnischen Systems für am zweckmäßigsten.

Unter den heutigen Verhältnissen dürfte dieser Vorschlag einen gangbaren Weg zeigen. Die Einbeziehung der Nichtorganisierten wie auch derjenigen Arbeiter, deren Gewerkschaften die Arbeitslosenversicherung noch nicht eingeführt haben, scheint eine Notwendigkeit zu sein. Bei einer Regelung der Arbeitslosenfürsorge durch das Reich würde man freilich anders verfahren können, aber eine solche reichsgesetzliche Regelung dieser Materie steht in so weiter Ferne, daß es heute keinen Zweck hat, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, wie das Reich die Sache machen könnte.

Auf Grund der im In- und Auslande auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge bisher gemachten Erfahrungen stellt die Denkschrift einige Leitsätze auf, die wir hier einer kurzen Betrachtung unterziehen wollen.

Im ersten Satze ist gesagt, daß, solange nicht von Reich wegen eine gesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung stattfindet, könne nur durch größere Kommunalverbände auf diesem Gebiete Vorzüge getroffen werden.

In dieser Allgemeinheit können wir diesen Satz als richtig nicht anerkennen. Es muß unseres Erachtens nach Möglichkeit dahin gestrebt werden, alle Kommunen zur Erfüllung einer sozialen Pflicht auf diesem Gebiete anzuhalten. Eine einseitige Belastung lediglich der größeren Städte würde für diese eine gar nicht wünschenswerte Ueberfüllung des Arbeitsmarktes an diesen Plätzen und damit eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit im Gefolge haben.

Dann wird empfohlen, die gemeindlichen Einrichtungen zunächst auf die in der Industrie und Handwerk beschäftigten Arbeiter zu beschränken und eine Erweiterung des Personenkreises erst allmählich stattfinden zu lassen. — Wir sehen nicht ein, warum nicht auch die Arbeiter im Handelsgewerbe einbezogen werden sollen, ebenso die Handelsangestellten, wenigstens bis zu einer bestimmten Gehaltsklasse, da doch gerade auch diese sehr unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben und einer Fürsorge nicht minder bedürftig sind als die übrigen Arbeiter.

Mit dem Satze, daß die Versicherung so einzurichten ist, daß sie sowohl von nichtorganisierten als von organisierten Arbeitern benutzt werden kann, haben wir uns bereits einverstanden erklärt, ebenso kann man unter den jetzigen Verhältnissen mit der Anwendung zweier Systeme nebeneinander — dem Genter System und der sogenannten stadtkölnischen Versicherung — sich einverstanden erklären.

Einverstanden darf man auch damit sein, daß dahin gewirkt werden soll, daß an die Einrichtung zur Arbeitslosenfürsorge welche die Hauptgemeinde eines Industriebezirks trifft, die umliegenden Gemeinden sich anschließen.

Für den Fall, daß die nichtorganisierten Arbeiter von der freiwilligen Versicherung nicht in dem im öffentlichen Interesse wünschenswerten Umfang Gebrauch machen, wird in den Leitsätzen vorgeschlagen, ein Gesetz zu erlangen, das die Gemeinden beugt, auf Grund eines Ortsstatuts obligatorische Arbeitslosenversicherung der ortseingewessenen Arbeiter einzuführen und hierfür Beiträge zu erheben. Auch dagegen dürfte von unserm Standpunkte aus nichts einzuwenden sein. Wohl liegt darin bis zu einem gewissen Grade wieder eine Abwälzung einer sozialen Pflicht auf die Arbeiter selber, aber wenn neben der Beitragsleistung der Arbeiter selber die kommunalen Zuschüsse leisten, so kann man den Vorschlag unter den heutigen Verhältnissen als Abschlagszahlung akzeptieren.

Im letzten der Leitsätze wird dann gesagt: „Da das wichtigste Korrelat der Arbeitslosenversicherung darin besteht, daß der Arbeitslosigkeit vorgebeugt und den sich als arbeitslos meldenden Personen Beschäftigung nach- oder zugewiesen wird,

so ist die Versicherung organisch aufs engste mit dem städtischen Arbeitsnachweis zu verbinden und mit diesem einheitlich zu leiten. Die städtischen Arbeitsnachweise sind untauglich so zu gestalten, daß sie den gesamten Arbeitsmarkt beherrschen und in Fühlung mit andern Arbeitsnachweisen, den Gewerbetreibenden, den Arbeitern und deren Organisationen den Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage herbeizuführen vermögen. Die Ueberleitung des städtischen Arbeitsnachweises, der städtischen Notstandsarbeiten und der Arbeitslosenversicherung ist in einer Hand zu vereinigen. Zu diesem Behufe sind die Arbeitsnachweise zu Arbeitsämtern auszubilden und umzugestalten.“

Dieser Vorschlag scheint uns durchaus praktisch zu sein, nur muß verlangt werden, daß die Arbeiter auf die Verwaltung dieser Einrichtung einen maßgebenden Einfluß eingeräumt bekommen. Die Rolle von Statisten unter einer bürokratischen Verwaltung müßte die Arbeiterschaft von vornherein ablehnen.

Nicht überflüssig erschien uns eine Ergänzung der Leitsätze in Bezug auf die Regelung der Arbeitszeit in staatlichen und kommunalen Betrieben, Durchführung von Verkürzungen der Arbeitszeit in solchen Betrieben statt Entlassung von Arbeitern, Verschiebung der aufziehbaren Arbeiten auf die stille Zeit, vorzugsweise Beschäftigung einheimischer Arbeiter bei Ueberfüllung des Arbeitsmarktes, Aufnahme solcher Bestimmungen in die Verträge der staatlichen und kommunalen Behörden mit den Unternehmern.

Auf Grund der Leitsätze stellt die Denkschrift 22 Fragen auf, die in der vom Ministerium einzuberufenden Konferenz erörtert werden sollen. Verschiedene dieser Fragen, wie die: für welche Gemeinden sich der Zusammenschluß mit benachbarten Gemeinden zu einem einheitlich geleiteten Verband empfiehlt oder wie hoch die Leistung der Gemeinde für das erste Jahr festzusetzen ist, was mit den etwa nicht verbrauchten Resten des kommunalen Jahreskredits geschehen soll, lassen sich unseres Erachtens nicht generell beantworten, eine Berücksichtigung der manchmal recht verschiedenen Verhältnisse läßt sich hier nicht umgehen.

Hinsichtlich des Genter Systems wird gefragt, ob alle arbeitslos werdenden Angehörigen einer Organisation Anspruch auf den kommunalen Zuschuß haben sollen oder ob Einschränkungen in Bezug auf ein Mindest- oder Höchstalter oder bezüglich einer bestimmten Dauer des Wohnsitzes für notwendig erachtet werden. Eine Einschränkung in Bezug auf die Festsetzung einer Altersgrenze kann unsern Beifall nicht finden. In Zeiten wirtschaftlichen Niederganges pflegt man gerade die älteren minder leistungsfähig gewordenen Arbeiter zuerst abzuschieben, sie finden am schwersten wieder Beschäftigung. Sie von einem bestimmten Alter ab von der Arbeitslosenfürsorge auszuschließen, wäre ein Unrecht und würde den Wert einer solchen Fürsorge ganz erheblich beeinträchtigen. Eine Einschränkung in Bezug auf eine bestimmte Dauer des Wohnsitzes könnte man eingehen, aber angesichts der starken Fluktuation, wie sie gerade in den Krisenjahren einzutreten pflegt, darf dabei nicht zu weit gegangen werden. Die Bedingung eines vierteljährigen Wohnsitzes würde ausreichen, um die Einrichtung vor der Belastung durch unlaetere Elemente zu schützen.

Die Frage, ob der kommunale Zuschuß zugleich mit der Verbandsunterstützung beginnen soll, dürfte zu bejahen sein. Die Frage, ob der kommunale Zuschuß auch so lange zu gewähren ist wie die Verbandsunterstützung oder ob eine Begrenzung auf eine gewisse Zahl von Tagen vorzuziehen sei, muß dahin beantwortet werden, daß eigentlich eine derartige Begrenzung nicht wünschenswert ist, daß man aber im Hinblick auf die noch geringen Erfahrungen auf diesem Gebiete aus Zweckmäßigkeitsgründen einer Begrenzung zustimmen kann, doch dürften auch hier die Grenzen nicht allzu eng gezogen werden, da in verschiedenen Berufen die Arbeitslosigkeit manchmal von sehr langer Dauer ist.

Bei der Frage nach dem Höchstbetrag des täglichen Zuschusses müssen unseres Erachtens die Verhältnisse der einzelnen Plätze in Betracht gezogen werden. Innerhalb der einzelnen Plätze aber sollte der Zuschuß einheitlich gestaltet werden.

Bezüglich der Auszahlung des Zuschusses dürfte der Auszahlung an die Verbände gegenüber der direkten Auszahlung an die Arbeitslosen der Vorzug zu geben sein. Die notwendige Kontrolle wird dadurch gebessert und zugleich damit das Zusammenarbeiten zwischen Arbeitsamt und Arbeiterorganisationen gefördert.

Bezüglich der für die nichtorganisierten Arbeiter einzurichtenden Arbeitslosenkasse haben wir die Frage nach dem zu empfehlenden System bereits beantwortet. Dem Kölner System dürfte demnach der Vorzug zu geben sein. Diese Kasse muß aber auch denjenigen organisierten Arbeitern zugänglich sein, deren Organisationen noch keine Arbeitslosenversicherung eingeführt haben.

Die Frage, ob auch weibliche Mitglieder in die Kasse aufgenommen werden sollen, ist unbedingt zu bejahen, dagegen die Frage hinsichtlich einer Schaffung der Altersgrenze für die Aufzunehmenden zu verneinen. Bezüglich der Umschreibung des Kreises der als Kassenmitglieder aufzunehmenden Personen dürften die der Krankenversicherungspflicht unterliegenden Personen als ausnahmsfähig zu betrachten sein. Die Beiträge dürften

August Bebel: Aus meinem Leben.

„Das Quellenmaterial aus der älteren Parteigeschichte wird immer spärlicher und die alten Genossen, die die Ereignisse noch miterlebten und manche wertvolle Auskunft geben könnten, sterben aus. Eine Geschichte aber, die ohne Fühlung mit jenen geschrieben wird, die die Ereignisse erlebten und die hauptsächlich in Betracht kommenden Persönlichkeiten kannten, verirrt sich leicht ins Dichten und Komponieren.“

Mit diesen Worten schließt August Bebel seine Besprechung der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung von Ed. Bernstein, und als Mann der Tat ist er der erste, der den im Jahre 1907 geschriebenen Worten gemäß handelt. Und es wird wahrlich Zeit, daß die lebendigen Zeugen der heroischen Epoche der deutschen Arbeiterbewegung ihre persönlichen Erinnerungen der Nachwelt überliefern. Hat doch keiner der großen Sozialisten, keiner der bedeutenden Persönlichkeiten der deutschen Arbeiterbewegung seinen Lebensgang geschilbert und damit die Fäden geknüpft, die die allgemeine Kultur mit dem Schicksal des einzelnen verbinden. Was hätten uns Marx und Engels, Liebknecht und Auer und noch viele andere alles sagen können! Aber die Sozialdemokraten lieben es nicht, sich vor das Rampenlicht der Geschichte zu stellen, weil sie sich — seit Robert Owen — nur als Produkt der Verhältnisse betrachten und den Heroenkultus nicht neu beleben wollen. Trotzdem aber bleibt es nicht ohne Bedeutung, zu welcher Zeit gerade eine bestimmte Persönlichkeit in den Gang der geschichtlichen Ereignisse eingriff und deshalb kann es nur als ein für die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung günstiges Ereignis betrachtet werden, daß ein Mann mit dem hohen Feuergeist wie Bebel dem im Jahre 1861 gegründeten Arbeiterbildungsverein in Leipzig beitrug. In jene Zeit fällt das Ermachen der deutschen Arbeiterklasse aus den Träumen der Kindheit, und das Bewußtsein ihres besonderen Klasseninteresses machte sich bereits bei einzelnen energischen und intelligenten

Naturen wie Bahleisch, Frischa und anderen Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins deutlich bemerkbar. Kein anderer als August Bebel konnte so geeignet sein, die am Schlepptau bürgerlicher Philanthropen hängenden Bildungsvorurteile zu Sozialdemokraten zu machen, nachdem er selbst einmal zum Sozialisten geworden war.

Einen besonderen Wert besitzen Bebel's Erinnerungen dadurch, daß er die Tatsachen in den Vordergrund stellt, zugleich aber einzelne markante Persönlichkeiten wie Kasse, Friedrich Albert Lange und Wilhelm Liebknecht in lebendiger Darstellung dem Leser vorführt. Wer sich über die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie ein deutliches Bild verschaffen will, der kann dieses Buch nicht übergehen. Denn bei keinem bedt sich die eigene Entwicklung so vollständig mit der der Arbeiterbewegung wie bei Bebel. Seine Jugendzeit, seine Lehr- und Wanderjahre entsprechen der allgemeinen Entwicklung der deutschen Arbeiterklasse. Der wandernde und festende Handwerksbursche Bebel, für den noch alle Politik ein Vorrecht der höheren Gesellschaftsklasse blieb, unterwirft sich nicht wesentlich von den Hunderttausenden seiner Kollegen. Und es ist auch kein vereinzeltes Vorkommnis, daß Bebel die erste Anregung zur Teilnahme an öffentlichen Angelegenheiten als Mitglied eines katholischen Gesellenvereins erhielt. Jene Gesellenvereine waren vor dem Kulturkampf etwas ganz anderes als das, was sie heute sind.

„Das Bedürfnis“, erzählt Bebel, „nach Umgang mit gleichalterigen und strebsamen jungen Leuten fand hier seine Befriedigung. Ein eigenartiges Element im Verein waren die Kapläne, die, jung und lebenslustig, froh waren, daß sie gleichalterigen Elementen sich anschließen konnten. Ich habe einige Male mit solchen jungen Kaplänen die vergnügtesten Abende erlebt. Einen solchen Abend verlebte ich unter anderen in München, indem ich das Gesellenvereinshaus auf der Rückreise von Salzburg besuchte und darin wohnte, und zwar Anfang März 1860. Verließ das Gesellenvereinsmitglied den Ort, so bekam es

ein Wanderbuch mit, das ihn in den Gesellenvereinen und bei den Pfarrherren, falls er bei diesen um Unterstützung vorsprechen wollte, legitimierte. Ich bin noch heute Besitzer eines solchen Buches, in dem auf der ersten Seite der heilige Joseph mit dem Christkindelein auf dem Arme abgebildet ist. Der heilige Joseph ist der Schutzpatron der Gesellenvereine. Den Gründer derselben, Pater Kolping, damals in Köln, der, irre ich nicht, selbst in seiner Jugend Schuhmachergeselle war, lernte ich in Freiburg im Breisgau kennen, woselbst er eines Tages einen Vortrag hielt.“

Aber wie der junge Bebel, so erwachte auch die deutsche Arbeiterklasse aus dem Halbchlummer kleinbürgerlicher Ideologie. Der Mein Eintritt in die Arbeiterbewegung überschriebene Abschnitt der Erinnerungen dürfte zu den bemerkenswertesten Partien des Buches gehören. Nach den Jahren der Reaktion von 1849 bis 1860 erschienen die Liberalen den deutschen Arbeitern als die einzigen wahren Volkfreunde, und die Vorkämpfer des liberalen Bürgerturns bemühten sich, durch Gründung von Bildungsvereinen im Volke festen Fuß zu fassen. In Leipzig, wo eine Anzahl ehrlicher Demokraten, wie Prof. Rohmähler, Prof. Wuttke, Dr. Peters, Cramer u. a. festen Fuß gefaßt hatten, fand am 19. Februar 1861 die Gründung des Arbeiterbildungsvereins statt, dem eine so entscheidende Rolle in der Entwicklung der Partei bestimmt war. Es war die erste öffentliche Versammlung, der Bebel beimohnte. Hier traten bereits Bahleisch und Frischa in Opposition zu den Vereinsgründern. Sie verlangten volle Selbstständigkeit des Vereines, der vor allem politische Zwecke verfolgen müsse. Aber damals war Bebel gegen jene Vorkämpfer politisch rückständig. „Ich war zwar mit diesen Rednern nicht einverstanden“, sagt er — „aber es imponierte mir, daß Arbeiter den gelehrten Herren so kräftig zu Leibe rückten, und wünschte im stillen, auch so reden zu können.“ Dieser Wunsch erfüllte sich schnell, aber es mußten noch Jahre vergehen, bis Bebel sich aus einem Gegner der durch die Letztüre Weilingerscher Schriften mit dem Kommu-

ten zweckmäßigerweise nach dem ortsüblichen Tagelohn abgestuft werden, dürften aber mehr wie 10, höchstens 15 Prozent des ortsüblichen Tagelohnes nicht übersteigen. Mit Rücksicht auf die Saisonarbeiter sollte die Zahl der in einem Jahre zu leistenden Beiträge auf 40 festgesetzt werden. Die Inanspruchnahme der Unterstützung darf an eine nicht mehr wie vierteljährliche Dauer des Wohnsitzes geknüpft werden. Die an einem andern Orte zu einer gleichen Klasse geleisteten Beiträge müssen in Anrechnung gebracht werden. Die Leistungen der Klasse wären ebenfalls entsprechend dem ortsüblichen Tagelohn abzustufen. Hinsichtlich der Zeit, in welcher die Arbeitslosigkeit eintritt, ob im Sommer oder im Winter, soll kein Unterschied gemacht werden. Sofern eine Begrenzung der Tage, für die Unterstützung gewährt wird, nicht zu umgehen ist, soll diese Grenze mit Rücksicht auf die gerade in den Kreisen der nichtorganisierten Arbeiter manchmal recht lange Arbeitslosigkeit möglichst weit gezogen werden.

Die Frage nach der Ausgestaltung der Arbeitsnachweise ist von großer Bedeutung. Vor allem scheint uns die Schaffung einer Zentrale für das ganze Land notwendig zu sein. In allen Bezirken des Landes wären (unter Aufsicht des Staates) Arbeitsämter zu errichten, die von einer gemischten, aus direkten Wahlen hervorgehenden Kommission zu verwalten wären. Die Arbeitsvermittlung müßte selbstverständlich eine völlig unentgeltliche sein, den arbeitssuchenden Arbeitern darf die Annahme von Streikarbeit oder von Arbeit zu unangenehmen Bedingungen nicht zugemutet werden, ebenso nicht die Annahme von Arbeit außerhalb eines erlernten Berufs. Als Leiter der Arbeitsämter sind nach Möglichkeit Leute anzustellen, die aus der Arbeiterschaft hervorgegangen sind und über die für eine solche Stellung erforderlichen Fähigkeiten verfügen. Die Arbeitsämter müssen getragen sein vom Vertrauen der Arbeiterschaft, nur dann werden sie die Aufgaben erfüllen können, die ihnen in der Denkschrift gestellt sind.

Wir haben im Vorstehenden die in der Denkschrift gestellten Fragen auf Grund unserer Erfahrungen zu beantworten versucht. Ob die hier gegebenen Antworten richtig sind, das müssen die Arbeiter in ihren Versammlungen prüfen, damit die zur Beratung der Fragen später auf Veranlassung des Ministeriums zu einer Konferenz hinzugezogenen Arbeitervertreter die Ansichten der Arbeiter zu vertreten imstande sind.

Ob die durch die Denkschrift des Ministeriums nunmehr wenigstens für Baden in Fluß gekommene Frage schon in nächster Zeit eine praktische Lösung findet, vermögen wir kaum mit ja zu beantworten. Uns fehlt der dazu nötige Grad von Optimismus. Jedenfalls aber wird, was an der Arbeiterschaft liegt, geschehen, um die Sache zu fördern. Angesichts der auch im Süden Deutschlands sich in früher nie geahntem Umfang zeigenden Arbeitslosigkeit ist die Frage der Arbeitslosenfürsorge brennend geworden. Je eher auf dem Gebiete etwas geschieht, desto besser für die Arbeiterschaft.

Was in der Denkschrift geboten ist an Vorschlägen zu einer Lösung der aufgeworfenen Frage, kann uns wohl nur zum Teil befriedigen, ist darin doch noch lange nicht in vollem Umfang die Verpflichtung der Gesellschaft anerkannt, die Sorge für die Opfer der wirtschaftlichen Krisen, dieser unheilvollen Ausflüsse der heutigen Produktionsweise, zu übernehmen. Als Teilzahlung kann man das Gebotene akzeptieren, vorausgesetzt, daß die notwendigen Verbesserungen in das Ganze eingegliedert werden.

Ein Stück auf dem Wege nach vorwärts würde die Durchführung der Arbeitslosenfürsorge in Baden immerhin bedeuten. Preußen und die andern Bundesstaaten könnten sich daran ein Vorbild nehmen. In diesem Sinne ist die Denkschrift des badischen Ministeriums zu begrüßen und der Arbeit bester Erfolg zu wünschen.

Zur Erwerbslosenunterstützung.

Als die Frage der Erweiterung der Grundlage unseres Verbandes des langen und breiten ventiliert wurde (mit diesem Gedanken bin ich, nebenbei gesagt, vollständig einverstanden), hat sich die Diskussion im „Steinbrücker“ auch auf die Arbeitslosen- bezw. Erwerbslosenunterstützung hinübergespielt. Ich hatte sofort den Eindruck, daß hier die Zentralleitung aus ihrer Defensive hervortreten müßte, und ich begrüßte es sehr, als die Vorlage angekündigt wurde.

Die Erwerbslosenunterstützungsfrage ist ja eigentlich nur das Produkt der grenzenlosen Arbeitslosenkalamität innerhalb unseres Berufs. Man kann es deshalb den Kollegen nicht verübeln, wenn sie sich an etwas klammern, das die wirtschaftliche Not lindern soll. Als eine bittre Bille muß ich die Vorlage bezeichnen, die all die schönen Hoffnungen der Erwerbslosenunterstützungsfreunde zerstört hat. Ich bin ebenfalls „theoretischer“ Anhänger dieses Unterstützungszweiges, aber die Vorlage hat meinen Pessimismus nicht nur bestätigt, sondern noch weit übertrifft.

Die Hinweise auf andre Berufe und Verbände werden wohl verkommen, nachdem rechnerisch festgestellt ist, welche ungeheure Beitragserhöhung notwendig wäre, um nur eine ganz bescheidene Unterstützung zu gewähren.

Der schon zitierte Metallarbeiterverband mit 60 Pfg. Wochenbeitrag unterstützt seine Mitglieder mit 6 Mark wöchentlich; bei uns stellt es sich nach der Vorlage aber so: durchschnittlicher Beitrag 65 Pfg. und 3,90 Mark Unterstützung. Es ist dies sehr auffallend und doch leicht erklärlich durch die große Arbeitslosigkeit in unserem Beruf. Die Zahlen der Vorlage sprechen so deutlich für die Unmöglichkeit der Einführung der Erwerbslosenunterstützung, daß fast jeder Kommentar überflüssig ist. Dazu kommen noch die Verschlechterungen: Kürzung der Reiseunterstützung, Karenzzeit usw. Auch der Verwaltungs-

apparat würde kostspieliger, und eine Mitgliederzunahme unter solchen Umständen halte ich für ausgeschlossen.

Wenn die Funktionen der Erwerbslosenunterstützungsfreunde zerstört sind, so möchte ihnen doch ein gewisser Trost bleiben, indem jetzt schon einige deutsche Bundesregierungen sich mit der Arbeitslosenfrage beschäftigen. Hier heißt es, dem Beispiel der Agrarier folgen und schreien so laut man kann; wer am lautesten schreit, wird gehört.

Pfaffenhofen. Wilhelm Fauth.

In Nr. 4 des Fachblattes finden wir die ausgearbeitete Vorlage über das neue Projekt. Soweit wir aber urteilen können, ist dieses auf Grund der Vorlage undurchführbar. Wir sehen, daß uns für eine ziemlich hohe Beitragsleistung sehr wenig geboten wird. Der höchste Satz in der Vorlage wäre pro Woche 5,40 Mark, der niedrigste 2,40 Mark. Nun müssen wir die Frage aufwerfen: Dem wird wohl der höchste oder der niedrigste Satz zugute kommen und mit was für einer Mehrheit der Kollegen haben wir zu rechnen? Vor circa 10 bis 15 Jahren waren die Kollegen in den Städten die Hauptfaktoren; heute aber ist die Sache anders: heute haben wir mit den Kollegen in den Dörfern zu rechnen; denn da liegt unsere Zukunft. Wenn wir nun an die weitere Erweiterung unseres Verbandes denken wollen, so können wir einer derartigen Einführung nicht zustimmen. Was würden unsere Kollegen in der Granitbranche sagen, wenn sie jetzt bedeutend mehr zahlen sollen, aber keinen wesentlichen Vorteil bekommen? Unsere Kollegen in den Granitbrüchen werden nur sehr wenig arbeitslos, aber der Lohn ist im Winter so gering, daß es zu bedauern ist. Ich glaube, jeder Kollege, der für die Ausbreitung unseres Verbandes ist, wird sich sagen: hinweg mit der Erwerbslosenunterstützung, warten wir erst ab, bis sich unser Verband in der Mitgliederzahl emporgeschwungen hat; und dieses ist nur möglich durch Erledigung der Hilfsarbeiterfrage und durch eine kleine Verbesserung unserer Krankenunterstützung.

Es wird mir wohl gestattet sein, über die Verbesserung der Krankenunterstützung einige Worte zu verlieren.

Soweit uns bekannt ist, nun unsere Krankenunterstützung existenzfähig; wohl wird sich auch in dem dritten Jahre noch eine Milderung bemerkbar machen, und zwar dadurch, daß jetzt auch die Sterbefälle sowie die Kollegen mit dem höheren Krankengeld hinzukommen. Aber immerhin glaube ich annehmen zu dürfen, daß dieselbe eine Verbesserung vertragen kann, und zwar in dem Sinne, daß man die siebenjährige Karenzzeit in eine dreitägige umwandeln könnte. Ich glaube, durch eine derartige Milderung wäre unsern Kollegen in allen Branchen mehr gedient als durch die Einführung der Erwerbslosenunterstützung. Ferner ist nicht zu vergessen, wie schwer es einem Steinmetzen fällt, sich in einer freien Hilfsarbeiterklasse aufnehmen zu lassen; überall findet man verschlossene Türen. Gerade deshalb müssen wir uns sagen: Wir bauen unsere Krankenkasse so aus, damit unsere Kollegen auf die Gefälligkeit der andern Hilfsklassen verzichten können.

Kirchhausen. F. Moosmüller.

Korrespondenzen.

Berlin. In gutbesuchter Generalversammlung nahm am 30. Januar die hiesige Kollegenschaft den gedruckt vorliegenden Jahresbericht entgegen. Ueber die stattgefundenen Verschmelzung äußert sich der folgende:

Dreiviertel Jahre sind vergangen, seitdem die Interessen der beiden ehemals selbständigen Verbandsteile unseres Ortes in gemeinschaftlicher Arbeit, unter gemeinschaftlicher Leitung vertreten werden. Die Frage, ob die Erwartungen sich erfüllt haben, welche von beiden Seiten an den Zusammenschluß geknüpft wurden, mag einer späteren Zeit zur Beantwortung überlassen bleiben. Die Befürchtungen jedoch, welche vorhanden waren, sind bis jetzt als grundlos zu betrachten und werden voraussichtlich auch in Zukunft nicht bestätigt werden, wenn die bisherige Taktik — gemeinschaftliche Regelung aller gemeinsamer Interessen und mögliche Selbständigkeit zur Wahrnehmung der Branchenangelegenheiten — beibehalten wird. Die ungünstig die Fortentwicklung beeinflusst wurde, ist in folgenden Sätzen dargelegt:

Die Sektion I war an ihren am 1. April 1910 „ohne Kündigung“ ablaufenden Tarif gebunden, während die Sektion II zurzeit in keinem offiziellen Tarifverhältnis mit den Unternehmern steht. Es kann jedoch immerhin als ein nicht zu unterschätzender Erfolg angesehen werden, daß es uns gelang, ein Herabfallen der Löhne zu verhindern, trotzdem Angebot und Nachfrage von bzw. nach Arbeitskräften im allerungünstigsten Verhältnis zueinander standen. Die bereits im Berichte des Vorjahres (der Verschmelzung halber wurde derselbe auf das erste Quartal dieses Jahres mit ausgedehnt) konstatierte enorme Höhe der Arbeitslosenziffern lassen sich infolge der inzwischen erschienenen Statistiken noch ergänzen. So wurden gelegentlich der am 13. Februar von der Berliner Gewerkschaftskommission und dem Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine vorgenommenen Arbeitslosenzählung innerhalb Groß-Berlins 344 arbeitslose Marmorarbeiter und Steinmetzen ermittelt, also der Zahl nach die Hälfte unseres damaligen Mitgliederbestandes. Am schlimmsten hatten die Sandsteinmetzen zu leiden. Von diesen waren 86,48 Proz. an der Arbeitslosigkeit beteiligt, davon 44,44 Proz. über 12 Wochen, 35,83 Proz. über 20 Wochen und 13,42 Proz. über 26 Wochen. Nicht viel besser erging es den Marmorsteinmetzen, während „nur“ 10,97 Proz. der Marmorsteinschleifer über 12 Wochen arbeitslos waren, eine Zahl, die jedoch doppelt ins Gewicht fällt, wenn wir die niedrigen Löhne in Betracht ziehen, welche ein erheblicher Teil dieser Kategorie

erhält. Daß ein solches Massenüberangebot von Arbeitskräften nicht in Kürze wieder unterzubringen war, versteht sich von selbst, doch zog sich die Plage bis in den Sommer hin. — Die Grabsteinfabrik vermochte noch nicht einmal die notorische Zeit von Ostern bis Pfingsten auszufüllen, so anfangs Mai waren Kollegen dieser Branche ohne Arbeit. So herrschte am 1. Mai d. J. eine natürliche Arbeitsruhe. Unter dem Druck der ungünstigen Verhältnisse verzichtete der größte Teil der wenigen in Arbeit befindlichen Kollegen auf die Freinahme des ihnen lieb gewordenen Feiertags. 254 Matmarken flossen unserm Kampffonds zu.

Neben der finanziellen Unterstützung arbeitsloser, in Not befindlicher Kollegen (um dem nahen Verbandstage nicht vorzugreifen; wurde die Regelung derselben verlagert) beschäftigte uns die Frage der Einschränkung der Arbeitslosigkeit durch mögliche Verfürzung der Arbeitszeit auf die Dauer des Arbeitsmangels und die Regelung des Arbeitsmarktes durch die Einführung eines paritätischen Arbeitsnachweises. Zur Lösung dieser Fragen bedurften wir natürlich der Mitarbeit der Unternehmer, an welche wir uns in dem angegebenen Sinne wandten, und zwar gleichzeitig durch den Gesellenanschuß an die Innung und direkt an den Verband der Steinmetzgeschäfte von Groß-Berlin. Von dem Vorsitzenden des letzteren, Herrn Hans Hesse, erhielten wir eine zustimmende Antwort. Auch die Innung erklärte sich zu Verhandlungen auf der von uns gewünschten Grundlage bereit, jedoch unter Ausschluß der beiderseitigen Verbände (Arbeitgeber und Arbeitnehmer). Versuche unsererseits, die gemeinschaftliche Beratung aller in Betracht kommenden Faktoren herbeizuführen, scheiterten. Auf die Innung paßt eben immer noch das Wort: „Man kann sich drehen wie man will, der Popf bleibt immer hinten.“ Na — warten wir ab, was aus den Beratungen herauskommt, eine Verschlechterung gegenüber dem jetzigen Zustande des Arbeitsmarktes ist kaum denkbar.

Um dem Tarif Geltung zu verschaffen, mußten wir bei der Firma A. Neumann u. Co.-Lichtenberg von der Arbeitseinstellung Gebrauch machen. Die Eingabe der Kollegen hatte zur Folge, daß die Anerkennung des Tarifes bereits nach zwei Tagen erfolgte. Nicht so lange dauerte es bei der Firma Poppe, Pankow. Ein Blick in die leere Werkstelle genügte, um den Inhaber des Geschäfts zu veranlassen, dem Verbandsvertreter die Tarifunterstützung zu verabschieden, allerdings mit dem ausdrücklichen Bemerkens, daß nur der Wunsch, seine Gesellen zu behalten, die er als anständige Leute schätze, ihn zur Unterfertigung bewog — nicht etwa unser Verband. — Der Herr gehörte früher lange Jahre der Innung an. — Im letzten Kleinkriege scheinen wir mit der Firma E. Jache, Weissenhof, liegen zu sollen. Unser Bestreben, dem dortigen Ueberstundenwesen zu Leibe zu gehen, wird prompt durch Entlassungen „wegen Arbeitsmangels“ vom Inhaber des Geschäfts, Herrn Gottschall, beantwortet. Eine sonderbare Bezeichnung seines „guten Herzens“.

Der Potsdamer Tarif ist auch in diesem Jahre von keiner Seite gekündigt worden. Die dortigen Kollegen werden dafür Sorge tragen, daß ihnen der im Tarif vorgesehene Maximallohn zuteil wird.

Mit dem Inkrafttreten der Zentral-Sterbeunterstützung wurde unser örtliches Sterbe-Unterstützungswesen neu geregelt. An Stelle des bisherigen Sterbegeldes tritt ein Zuschuß zur Zentral-Sterbeunterstützung in Höhe von 10 Mk. bei 3-jähriger, 20 Mk. bei 6-jähriger und 30 Mk. bei 9-jähriger Mitgliedschaft. Vorher bezogenes Krankengeld wird nicht mehr in Abzug gebracht.

Um das Beerdigungswesen zu heben, wurde die Kranzspende wieder eingeführt und die Kollegenschaften der einzelnen Geschäfte verpflichtet, soweit sie nicht in ihrer Gesamtheit an der Beerdigung teilnehmen können, sich durch mindestens einen Delegierten vertreten zu lassen.

Der örtliche Vermögensbestand beträgt 8525,84 Mk. Für den Massenstreik in Schweden wurden außer 200 Mk. aus der Ortskasse 1181,05 Mk. auf Listen gesammelt. Nach kurzer Kritik, welche sich hauptsächlich auf die Belegung der Agitation bezog, wurden folgende Kollegen in die Ortsverwaltung gewählt bzw. wiedergewählt: Vorsitzender und Kassierer: Ernst Winkler; Leiter der Sektion I: Karl Franke; Leiter der Sektion II: Adolf Baumgarten. Zu Revisoren wurden gewählt: Alfred Will (Sektion I), Karl Petry (Sektion II). Die übrigen Vorstandsstellen bekleiden die Kollegen: Holzfaller Kleinert, Dehninge, Ritsche (Sektion I), Pfeißig, Pögel, Schellenberg, König (Sektion II). Die Sektion II hatte einen schweren Stand. Nach dem vom Kollegen Pirte gegebenen Bericht setzte eine äußerst lebhaft Kritik ein, welche leider bisweilen die strenge Sachlichkeit vermissen ließ. In die Sektion II wurden gewählt die Kollegen: Bürger, Hamisch, Pirte, Meyer, Ohngemach und Sieben.

Am Schlusse der Versammlung wurden die Kollegen aufgefordert, in den nächsten Wochen die Stellung zur Tariffrage (der Tarif der Sektion I läuft am 1. April ab) zu nehmen und den Entwurf des Zentralvorstandes betr. Erwerbslosenunterstützung ebenfalls zu prüfen. Die Bureauzeit des Vorsitzenden und Kassierers wurde bis auf weiteres von 8—10 vormittags und von 4—7 nachmittags festgesetzt. Die Zwischenzeit, abzüglich einer zweistündigen Mittagspause, soll der Agitation gewidmet sein.

Literarisches.

Deutsche Konkurrenz. Herausgegeben von Professor Neumeier-Karlsruhe. Verlag von Seemann u. Co. in Leipzig. Zum Abdruck kamen acht preisgekrönte Entwürfe zum Plauener Rathaus.

Lehrbuch der Baustoffkunde von Professor Dr. Glinzer. Verlag von S. A. Degener, Leipzig. Preis 4,20 Mk. — An technisch-literarischen Neuererscheinungen ist in unserer Zeit kein Mangel. Aber nur selten wird Gutes geboten. Dr. Glinzer aber hat mit seinem Buche Vorzügliches auf den Büchermarkt geworfen. Besonders interessant ist es, was der Verfasser über die künstlichen Steine ausführt. Benannt sind: Kalksandstein, Zementstein, Terrazzo, Terranova, Eternit und Steinholz.

„Im eigenen Hause nicht teurer als in der Mietwohnung“. Dies weist Bauinspektor Flur in seiner unter obigem Titel in der Westdeutschen Verlagsgesellschaft in Wiesbaden erscheinenden Schrift (Preis 1 Mk., Porto 10 Pfg.) an der Hand vieler Beispiele nach. Für Arbeiter kommen aber trotzdem all diese schönen Pläne nicht in Frage. Wer sich ein eigenes Haus bauen will, muß immerhin etliche tausend Mark haben, desgleichen auf dauernde Arbeit rechnen können.

Sechster Jahresbericht des Leipziger Arbeitersekretariats. Der Bericht ist recht inhaltsreich gestaltet. Im Jahre 1909 haben insgesamt 10 185 Personen das Institut in Anspruch genommen.

Bericht der Leipziger Metallarbeiter für das Jahr 1909. Den anarchischen Quertreibern unter den Leipziger Metallarbeitern sagt der Bericht in der Einleitung folgende Wahrheit: „Feinde ringsum! Feinde im eigenen Lager, die sich unter heuchlerischer Maske einschleichen, angeblich, um den Arbeitern neue Bahnen zu zeigen; in der Tat aber, um die eigenen Klassenangelegenheiten gegeneinander aufzuwickeln, die in der Einheit des Proletariats wurzelnde Kraft auszujaugen. Dieser Kampf gilt nicht der Unternehmer, sondern der Arbeiterklasse! Gegen die Unternehmer einige hohle Phrasen, nichtsagende Worte — gegen die eigenen Klassenangelegenheiten die Verleumdung, die Schmähung, den Verrat!“ Diese Worte dürften auch für die anarchosozialistischen Steinarbeiter in Düsseldorf, welche einer sogenannten „freien“ Vereinigung beitraten, nicht unzutreffend sein.

nistischen Grundfragen schon vertrauten Wahlrecht-Frische zu ihrem Freunde und Mittkämpfer wandelte.

Wie aber und wodurch wurde Bebel Sozialdemokrat? Auf diese interessante Frage gibt das Buch eine verblüffend einfache Antwort: „Am beständigen Kampfe mit den Kassalleanern mußte ich Kassalles Schriften lesen, um zu wissen, was sie wollten, und damit vollzog sich in mir eine Wandlung in mir. . . Mein Umgang mit Liebknecht hat meine Meinung zum Sozialismus beschleunigt.“ Und an anderer Stelle: „Ich bin vielmehr, wie fast alle, die damals Sozialisten wurden, über Kassele zu Marx gekommen.“

Es ging also Bebel wie so vielen Arbeitern, die durch den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu Sozialdemokraten wurden. Aber mir scheint, dem Einflusse, der Liebknechts Persönlichkeit auf das Tempo der Entwicklung des Leipziger Arbeiterbildungsvereins von der Bildungspolitiker zur Sozialdemokratie zukommt, wird Bebel weder hier, noch in dem Liebknecht im besonderen gewidmeten Abschnitt ganz gerecht. Indessen hat es wenig Sinn, sich hierüber den Kopf zu zerbrechen. Denn schnell und immer schneller entwickelte sich das deutsche Proletariat zur politischen Partei. Kasseles Auftreten, die Kriege von 1864 und 1866, die sich immer mehr offenbarende Gegenläufigkeit der Interessen der Bourgeoisie und der Arbeiterschaft, der Beginn der Gewerkschaftsbewegung treiben Bebel und die unter seiner Leitung tagenden Verbandstage in Stuttgart und Nürnberg immer weiter nach links. Dabei die leeren Kassen und der Mangel eines ausreichenden Prehorganes nur als schwache Hemmungen wirkten.

1869 auf dem Nürnberger Vereinstage, dem Bebel und Löwenstein präsidierten, geschah der entscheidende Schritt, denn hier nahm die Mehrzahl der Vereine das Programm der Internationalen an. Mit dieser großen Fervore schließt das Buch höchst wirksam ab. Mögen die in Aussicht gestellten zwei weiteren Bände bald nachfolgen.

Diegt der politische Wert des Buches in der Schilderung der Zustände und Personen, die für die Zeit von 1861—1869 in Betracht kommen, so besteht dessen kulturgeschichtliche und literarische Bedeutung in der Beschreibung der Jugend-, Lehr- und Wanderjahre. Der junge Bebel durchläuft die rauhe Bahn des Proletariates wie andere auch, nichts blieb ihm erspart, aber ein hellblühender, charaktervoller Junge, der, trotz schwächlicher Körperbeschaffenheit, wacker zugriff, muß er allezeit gewesen sein. Und der Humor hat ihn nie verlassen, davon legen zahlreiche Stellen des Buches Zeugnis ab. Ist es nicht köstlich zu lesen, wenn Bebel berichtet, daß er als Schüler in Beklar derbe Prügel seiner monarchischen Gesinnung wegen erhielt, weil er und noch ein Schüler die einzigen waren, die es wagten, keine Republikaner zu sein?

Und dann das Beste von allem: Wie lernen viele jetzt erst Bebel, den Parteiführer und Politiker, als Menschen aus diesem Buche kennen, das er seiner lieben Frau zueignete. Welche innigen Worte widmet er dem Andenken seiner Mutter, deren Leben eine Summe von Leidensstationen, ein immerwährendes Martyrium der Hingebung war. Nur schwer widersehen wir der Versuchung, die Darstellungen seiner Jugendzeit oder die scharfen Porträts einzelner Personen zu reproduzieren. Wir unterlassen es, weil jeder Arbeiter dieses Buch selbst lesen muß. Er findet darin eine reiche Quelle, aus der er Belehrung und Verständnis für die Parteientwicklung schöpfen kann, aber was noch viel mehr wert ist: er wird darin auch viel Herz- und Gemütsfröhendes finden. In dem Toben des politischen Kampfes vergessen wir nur zu leicht unsere Rechte auf uns selbst, auf das ewig menschliche in uns und unseren Beziehungen zu anderen. Daß gerade August Bebel dieser Seite des Lebens so warme Töne und helle Farben abgemangelt, gefällt uns an seinem Buche am besten.